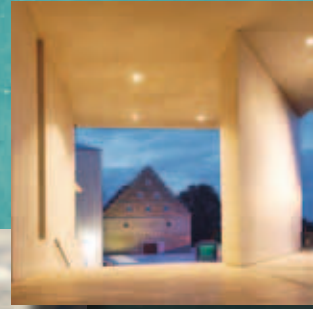


Jahresblick 2011

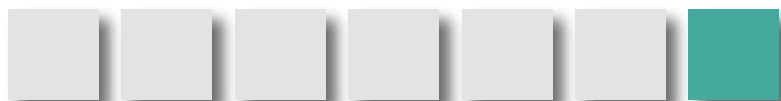


Regierung von Unterfranken



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
PRÄSIDIUM	
Bayerisches Energiekonzept „Energie innovativ“	2
Demografischer Wandel.....	3
Bauarbeiten am und um den Peterplatz: „Peterplatz im Wandel der Zeit“	4
„Fränkischer Witz in Würfelform“	5
SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES	
Großbrand und Hochwasser – nicht nur Übung.....	6
Steigende Asylbewerberzahlen.....	7
Kommunalaufsicht – Service inklusive.....	8
„Ehrenamtliche finden und halten“	9
Verbesserung der Lebensqualität von Heimbewohnern	10
WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR	
Raumordnungsverfahren B 26n.....	11
Unterfranken im Aufwind.....	12
Breitbanderschließung Unterfranken	13
Meilenstein für mehr Energieeffizienz	14
Lärmsanierung entlang der Bahnstrecken.....	15
PLANUNG UND BAU	
Historische Erweiterung der Universität Würzburg: Einweihung Campus Nord	16
Ein steiniger Weg zum Erfolg	17
Wichtige Straßenbauprojekte in Unterfranken unter Verkehr.....	18
Binsfeld im Wandel.....	19
Energetische Sanierungen im Konjunkturpaket II auf der Zielgeraden	20
SCHULEN	
Regierung von Unterfranken und IHK Würzburg-Schweinfurt ziehen an einem Strang	21
Der Wald – ein Schatzhaus der Kultur	22
Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit.....	23
Inklusion – eine große Herausforderung	24
Kooperation von Berufs- und Mittelschule im sog. „Schweinfurter Modell“.....	25
UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	
20 Jahre UNESCO-Biosphärenreservat Rhön.....	26
Gelungener Start des LIFE-Projekts „Steigerwaldrand bei Iphofen“	27
10 Jahre Aktion Grundwasserschutz	28
Gewässergüte des Mains.....	29
Lärmaktionsplanung an Haupteisenbahnstrecken.....	30
GEWERBEAUF SICHTSAMT	
Bitte bleiben Sie gesund	31
Damit nichts ins Auge geht	32
Saubere Luft mit wenig Aufwand	33
Gesundheits-Check beim Berufseinstieg Jugendlicher	34
Giftiges Gas im Gebäude.....	35
ORGANISATIONSPLAN	36
IMPRESSUM	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2011 war medial vor allem durch die Folgen der Erdbebenkatastrophe in Japan, die politischen Umbrüche in Nordafrika und oben-dreien in Europa von der Diskussion um den Euro geprägt. Bei einer solch globalen Betrachtung könnte man mit Sorgen und Unbehagen in die Zukunft blicken. Allerdings meine ich, dass wir die vielen positiven Entwicklungen des vergangenen Jahres ebenso in den Blick nehmen sollten. Die Konjunktur und die Beschäftigung in Deutschland, Bayern und Unterfranken zeigen – trotz der Unruhe an den internationalen Märkten – weiterhin ein hohes Niveau. Unsere Realwirtschaft ist grundsätzlich in einer sehr guten Verfassung. Dies gilt insbesondere für Unterfranken mit seiner breit gefächerten Wirtschaftsstruktur. Auch auf dem Arbeitsmarkt sehen die Perspektiven gut aus. Zugleich bieten der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter, die neuen Regularien zur Stabilisierung des Euro und ein stärkeres solidarischer Zusammenrücken in Europa auch neue Zukunftspotentiale. Die Herausforderungen der Zeit gilt es gerade jetzt anzunehmen und als Chance zu begreifen!

Die Ereignisse um das Atomkraftwerk Fukushima in Japan haben den Fokus der politischen Aufmerksamkeit auf regenerative Energiequellen gerückt. Die Möglichkeiten, die sich jetzt durch das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Energiekonzept „Energie Innovativ“ auftun, gilt es daher in enger Kooperation mit den Kommunen und den Regionalen Planungsverbänden zu nutzen. Der verstärkte Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Ziel sein. Ebenso wichtig sind dabei aber auch die Schaffung von Speichermöglichkeiten und die Anpassung der Netzstrukturen.

Neben den Themen Energie und Klimaschutz werden die Bewältigung der demografischen Herausforderungen und der weitere Ausbau der Bildungseinrichtungen eine dominierende Rolle spielen. Die Sicherung des Fachkräfteangebots und der Technologietransfer müssen gerade in unserer zwischen Metropolen gelegenen High-Tech-Region gemeinsame zentrale Anliegen sein. So konnten mit der Einweihung des neuen Universitätscampus und des neuen Fachhochschulgebäudes in Würzburg, aber auch des neuen Forschungszentrums ZEWIS der Hochschule Aschaffenburg bedeutende neue Einrichtungen im Hochschulbereich ihren Betrieb aufnehmen.

Als zentrales Handlungsfeld werden wir uns zudem der Stärkung und Revitalisierung unserer Ortsmitteln in den Dörfern, Märkten und Städten widmen. Vitale, lebens- und lebenswerte Ortszentren sind Basis und „Aushängeschild“ zugleich für die lokale Wirtschaft, den Einzelhandel, die Dienstleister und den Tourismus. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist dies gerade für den ländlichen Raum von großer Bedeutung.



Allen, die sich in vielfältiger Weise an der Weiterentwicklung unseres Regierungsbezirks zum Wohle der hier lebenden Menschen beteiligt haben und weiterhin beteiligen, möchte ich herzlich danken. Ihr Engagement in der Wirtschaft, in sozialen Bereichen, in der Landwirtschaft und im Weinbau, im Naturschutz, im Schul- und Hochschulbereich, in der staatlichen und kommunalen Verwaltung, in den Hilfsorganisationen und in den Verbänden, trägt dazu bei, Unterfranken lebens- und lebenswert zu erhalten. Den vielen ehrenamtlich Tätigen gilt dabei mein ganz besonderer Dank!

Auch bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben wollen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich dafür sorgen, dass sich die Bezirksregierung in ihrer Funktion als staatliche Mittelinstanz weiterhin bewährt. Wir werden unsere Bündelungsfunktion verstärkt wahrnehmen, um unseren Kunden – Bürgern, Unternehmen, Landkreisen, Kommunen und Verbänden – das zu bieten, was die Stärke der Mittelinstanz ist: Schnelle, verträgliche, mit allen Fachbereichen abgestimmte Verfahren und Entscheidungen. Bei vielen Projekten haben wir dieses Ziel auch im Jahr 2011 erreicht; davon können Sie sich im aktuellen Jahresblick ein Bild machen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, dass diese bereits zum 5. Mal aufgelegte Broschüre Ihr Interesse findet und Sie neugierig auf weitere Informationen über die Regierung von Unterfranken macht. Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch persönlich gern zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident
von Unterfranken

Bayerisches Energiekonzept „Energie innovativ“

Unterfranken stellt sich den Herausforderungen der Energiewende

Die Energieversorgung in Deutschland befindet sich derzeit in einem Umbruch, dessen Bedeutung durchaus mit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts oder mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im letzten Jahrhundert vergleichbar ist. Aufgrund der politischen Willensbildung zum Ausstieg aus der Atomkraft liegt der Fokus der künftigen Energieversorgung Deutschlands im Bereich der erneuerbaren Energien: So soll nach der Novelle des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG 2012) der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung spätestens bis zum Jahr 2020 auf 35% und in weiteren Zwischenschritten bis längstens 2050 sogar auf 80% erhöht werden.

Die Bayerische Staatsregierung hat am 24. Mai 2011 mit dem Bayerischen Energiekonzept „Energie innovativ“ diesen Prozess einer tiefgreifenden Umgestaltung der Energieversorgung detailliert festgeschrieben. In Bayern soll ein großer Teil der in den kommenden Jahren wegfallenden Kraftwerksleistung durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Unter dem Motto „weg vom Öl und weg vom Atom“ soll der bayerische Stromverbrauch bis zum Jahr 2021 zu 50% aus

heimischen erneuerbaren Energien gedeckt werden. Das bedeutet innerhalb nur eines Jahrzehnts in etwa eine Verdoppelung gegenüber dem heutigen Beitrag. Beim Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch strebt Bayern an, sogar das von der EU vorgegebene Ziel um 10% zu übertreffen und damit einen Deckungsanteil der erneuerbaren Energien von 20% in Bayern zu erreichen. Bei dieser Umgestaltung soll das bayerische energiepolitische Zieldreieck „sicher, bezahlbar, umweltverträglich“ nach wie vor Gültigkeit behalten. Insbesondere hält die Bayerische Staatsregierung ausdrücklich an dem Ziel fest, die energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf in Bayern deutlich unter 6 t jährlich zu reduzieren (derzeit gut 6 t, Bundesdurchschnitt aktuell knapp 9 t).

Mit diesem ambitionierten Umbau der Energieerzeugung wird ihre Dezentralisierung einhergehen: Zukünftig werden nicht mehr einzelne

Großkraftwerke wie das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld die „Energielandschaft“ bestimmen, sondern Anlagen der erneuerbaren Energien, so z.B. Biogas-, Wasserkraft-, Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen. Diese Dezentralisierung der Erzeugung bedingt einen Ausbau des Leitungsnetzes bei Strom und Gas. Schon heute stößt das Stromversorgungsnetz bei der Aufnahme weiteren regenerativ erzeugten Stroms auch in Unterfranken an Kapazitätsgrenzen.

Begleitet wird der Umbauprozess von der Bayerischen Energieagentur „Energie innovativ“, die bereits im Sommer 2011 von der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufen wurde. In dem von der Energieagentur angeschobenen Dialogprozess spielen die Kommunen eine Schlüsselrolle, und zwar sowohl als Standorte für die zukünftig verstärkt dezentral über den Raum verteilten Erzeugungs- und Verteilungsanlagen als auch hinsichtlich ihrer Akzeptanz in der Bürgerschaft. Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind daher über ihre Spitzenverbände in den maßgeblichen Gremien der Energieagentur vertreten.

Um die gewaltigen Herausforderungen, die mit der in Bayern angestrebten Umgestaltung der Energieversorgung verbunden sein werden, auch in Unterfranken zielgerichtet voranzutreiben, wurde Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer zum Energiebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung für den Regierungsbezirk bestimmt. Auch das zeigt deutlich den herausragenden Stellenwert, den die bayerische Energiepolitik für die künftige Arbeit der Bezirksregierung einnimmt. Schon zum 1. September 2011 hat Dr. Beinhofer die regierungsinterne Arbeitsgruppe „Energiewende“ eingesetzt. Sie wird alle mit der Energiewende verbundenen Belange innerhalb der Regierung koordinieren, diese insbesondere im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten bündeln und den energetischen Umbauprozess in Unterfranken aktiv begleiten. Großen Wert legt der Regierungspräsident darauf, dass über die Anstrengungen zum Umbau der Energieerzeugung und -verteilung hinaus als ganz zentrales Anliegen die Bemühungen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz weiterhin massiv vorangetrieben werden müssen. Nur in dem Dreiklang „Energie sparen – Energieeffizienz steigern – Einsatz erneuerbarer Energien“ kann die Energiewende gelingen.

Rainer Kern

Der Wandel der „Energielandschaft“ von Großkraftwerken (oben: Kernkraftwerk Grafenrheinfeld) zu dezentralen Anlagen der erneuerbaren Energien (unten: Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen bei Bolzhausen)



Demografischer Wandel

Bayerische Regierungspräsidenten sehen sich für zentrale Zukunftsthemen gut gerüstet

Der Regierungsbezirk Unterfranken hat insgesamt betrachtet sein maximales Bevölkerungsniveau bereits hinter sich. Anders als z.B. in Oberbayern oder auch im Großraum Nürnberg müssen wir in Unterfranken in den nächsten 20 Jahren mit einer Abnahme der Bevölkerung von über 5% rechnen. Im bayernweiten Vergleich sind nur für Oberfranken höhere Abnahmen vorausgerechnet, gefolgt von Unterfranken, der nördlichen und östlichen Oberpfalz sowie dem südwestlichen Mittelfranken. Schaut man sich die künftige Bevölkerungsentwicklung in Unterfranken regional differenziert an, richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die nördlichen Landkreise, also die Region Main-Rhön. Dort rechnet das Bayerische Landesamt für Statistik mit Abnahmen bis 2030 um ca. 11%. Wenn man über Jahrzehnte Wachstum gewohnt ist, bedeutet Schrumpfung eine Herausforderung, eine Anpassung an eine völlig neue Situation.

Wichtig für die Politik ist aber nicht nur die reine Bevölkerungsabnahme, sondern vor allem die Veränderung des Alteraufbaus der Bevölkerung: Wir werden als Gesellschaft insgesamt älter und die jungen Menschen werden weniger. Für ländliche, dünn besiedelte Regionen ist besonders schmerzlich, dass junge Menschen nach ihrer Schulzeit wegziehen – die Bildungs- und Berufswanderer – und viele nicht mehr zurückkehren. Diese „Bewegung“ gilt es aufzufangen, eventuell auch umzukehren, zumindest aber strukturell positiv zu begleiten. So muss sich die Schul- und Bildungslandschaft den ändernden Verhältnissen anpassen. Gleiches gilt für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, die es wie die Schulen in der Fläche attraktiv zu erhalten gilt. Dem bereits eingetretenen und sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel ist zu begegnen. Allein in Bayern werden bereits im Jahr 2015 rund 520.000 Arbeitskräfte fehlen, bis 2030 wird deren Zahl auf 1,1 Mio. angewachsen sein.

Die Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, aber auch die Aufrechterhaltung der Versorgung im Allgemeinen, etwa mit schnellen Internetzugängen, sind nur markante Beispiele einer Vielzahl von Handlungsfeldern, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung regional angepasst zu lösen sind. Dazu gehören die Gewährleistung eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs, die gezielte Stärkung und gegebenenfalls Revitalisierung der Innenstädte durch intelligentes Flächenmanagement statt weiterem Flächenverbrauch.

Große Herausforderungen kommen damit auf die sieben bayerischen Bezirksregierungen in den nächsten Jahren zu. Die Bewältigung des demografischen Wandels und die Umsetzung

des von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Energiekonzepts „Bayern Innovativ“ sind zwei der zentralen Zukunftsthemen, die die Regierungen als Bündelungs- und Mittelbehörde maßgeblich beschäftigen werden. Die Bayerischen Regierungspräsidenten sehen sich dabei gut gerüstet. Dies betonten sie gemeinsam bei ihrer Herbstdienstbesprechung am 12. und 13. Oktober 2011 in Würzburg. Bearbeiten die Regierungen doch viele dieser Einzelthemen bereits seit Jahren mit Engagement und viel Erfahrung.

Regierungspräsident Dr. Beinhofer machte bereits zu Beginn der Präsidententagung deutlich, dass den Regierungen als regionalen Koordinierungs- und Bündelungsbehörden staatlicher Tätigkeit im Bayerischen Verwaltungsaufbau eine wichtige Rolle zukommt. Zusammen mit den regionalen Planungsverbänden und Initiativen, den Landratsämtern, Städten und Gemeinden haben sie viele „Hebel“ in der Hand. Als „Förderagentur“ des Staates haben sich die Regierungen nicht nur bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II bewährt, sondern auch bei der Entwicklung des Breitbandausbaus. Ihre Koordinierungsfunktion haben die Regierungen zudem bei der Überführung der Hauptschulen in die neuen Mittelschulen bzw. Mittelschulverbände unter Beweis gestellt. All die bereits getroffenen Maßnahmen kommen in besonderer Weise dem ländlichen Raum zugute. „In gleicher Entscheidung werden sich die Regierungen auch den weiteren neu anstehenden Zukunftsaufgaben anlässlich des demografischen Wandels widmen.“, stellte Beinhofer in Übereinstimmung mit seiner Kollegin und seinen Kollegen fest.



Unter anderem zum Thema demografischer Wandel trafen sich die bayerischen Regierungspräsidenten Mitte Oktober in Würzburg zu ihrer Herbstdienstbesprechung (v.l.n.r.): Regierungspräsident Christoph Hillenbrand (Oberbayern), Regierungspräsidentin Brigitta Brunner (Oberpfalz), Regierungspräsident Wilhelm Wenning (Oberfranken), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken), Regierungspräsident Heinz Grunwald (Niederbayern), Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer (Mittelfranken), Amtschef Günter Schuster (Bayerisches Innenministerium) und Regierungspräsident Karl Michael Scheufele (Schwaben) beim Empfang im historischen Wenzelsaal der Stadt Würzburg.

Johannes Hardenacke
Oliver Weidlich

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109 oder 380-1396

E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Bauarbeiten am und um den Peterplatz: „Peterplatz im Wandel der Zeit“

Mitte März 2011 hatte die Stadt Würzburg mit der Erneuerung der Stephanstraße begonnen, die aufgrund vieler Schäden dringend notwendig geworden war. Gleichzeitig mit dieser Straßenerneuerung ist auch der letzte Abschnitt der 1995 begonnenen Generalsanierung der Regierung von Unterfranken zur Ausführung gekommen – die Neugestaltung des Parkplatzes. Auch diese Maßnahme war unerlässlich, da etliche Bereiche der im Laufe der Jahrzehnte brüchig gewordenen Betonoberfläche lose waren und daher echte Gefahrenstellen darstellten.

Im Verlauf der Planungsarbeiten war für Stadt und Regierung immer deutlicher geworden, dass dem denkmalschützerischen Aspekt bei diesen Maßnahmen ein hohes Maß an Gewicht beizumessen war. Das heutige Regierungsgebäude wurde nämlich 1954/56 teilweise auf den Ruinen der Klosteranlage St. Stephan erbaut, die im Krieg fast völlig zerstört wurde. Bei den Tiefbauarbeiten kamen dann nicht nur die erwarteten Fundamente des Klosters, sondern auch ein verfallener Brunnen und im Bereich der Kirche St. Peter und Paul auch Skelette aus einem ehemaligen Friedhof sowie kleinere Funde zum Vorschein. Alle zu Tage getretenen Mauerreste, Fundamente und Fundstücke wurden vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege sorgfältig erfasst und bereichern jetzt das Wissen um die Vergangenheit des geschichtsträchtigen Ortes „Peterplatz“. Obwohl sich die archäologischen Dokumentationsarbeiten letztlich tatsächlich vielschichtiger als ursprünglich angenommen darstellten, verzögerte sich die Fertigstellung der Bauarbeiten gegenüber der ursprünglichen Planung nur geringfügig.

Größte Aufmerksamkeit haben Präsidium und Bauleitung bei den Bauarbeiten dem auffälligen Blickpunkt unseres Vorplatzes gewidmet, damit die Linde, die letzter sichtbarer „Bestandteil“ des im Krieg der Bombennacht am 16. März 1945 völlig zerstörten Klosters ist, durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wurde. Obwohl die Krone in dieser Nacht völlig abgebrannt war, konnte sich die Linde überraschenderweise erholen und wird jetzt auf 80 bis 90 Jahre geschätzt. Wir hoffen, dass uns das Wahrzeichen unseres Vorplatzes noch viele weitere Jahre erhalten bleibt.

Nach rund viermonatiger Bautätigkeit erstrahlt der Platz nun im neuen Gewand, denn er wurde, wie auch die angrenzenden städtischen Freiflächen um die benachbarte Kirche St. Peter und Paul, in passendes Muschelkalkbetonpflaster gekleidet. Von der Erneuerung und Umgestaltung des gesamten Bereiches Stephanstraße und Peterplatz durch die Regierung und die Stadt Würzburg, die neben der Pflasterung des gesamten Umgriffes auch eine neue Begrünungskonzeption beinhaltet und voraussichtlich im Frühjahr 2012 abgeschlossen werden kann, profitieren letztlich alle, Anwohner wie auch Beschäftigte sowie Besucher unseres Hauses. Das neugestaltete, städtebaulich deutlich aufgewertete Petererviertel bietet nun sowohl den denkmalgeschützten Gebäuden der Regierung von Unterfranken den adäquaten Rahmen als auch für die privaten Anlieger ein deutlich attraktiveres Wohnumfeld.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1110
E-Mail: organisation@reg-ufr.bayern.de



Der Klosterhof von St. Stephan um 1940

Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Peter Seubert

„Fränkischer Witz in Würfelform“

27. Frankenwürfelverleihung in Neuses am Sand

Am geschichtsträchtigen Schnapszahldatum 11.11.2011 verlieh Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in „Wörners Schloss“ in Neuses am Sand (Landkreis Kitzingen) Walter Vierrether aus Kitzingen den diesjährigen „Frankenwürfel“.

Die aus einem Porzellanwürfel mit den Wappen der drei fränkischen Regierungsbezirke bestehende Auszeichnung wird an Persönlichkeiten verliehen, bei denen der fränkische Charakter besonders deutlich zum Ausdruck kommt: Das Wendige, das Witzige und das Widersprüchliche. Der Preis wird traditionell jeweils am 11. November, dem Namenstag des Frankenheiligen Martin, im Rahmen eines Gansessens vergeben.

Walter Vierrether, der einst bei der Kitzinger Karnevalsgesellschaft aktiv und bereits als Gästeführer in Kitzingen tätig war, hat sich seit Juli 1989 als „Kitzinger Hofrat“ und als Leiter des Tourismusamtes der Stadt Kitzingen einen Namen gemacht. Er füllt diese Doppelaufgabe seither mit ganz besonderer Hingabe und viel Herzblut aus. Ob live im Bayerischen Rundfunk oder bei Führungen, Empfängen, Weinproben und sonstigen Festivitäten, der – wie er sich selbst gerne bezeichnet – d’Artagnan des Weinlandkreises, dessen Kampfwerkzeuge nicht Degen oder Florett, sondern Bocksbeutel und flotte Sprüche sind, nimmt in- und ausländische Gäste wie auch die Bevölkerung in und um Kitzingen für sich ein und ist damit ein Sympathieträger der Region ohnegleichen.

„Sich wenden, sich drehen, im Leben bestehen, so ist der gewürfelte Franke zu sehen! Diese Inschrift auf dem Porzellanwürfel passt auf Walter Vierrether wie sein Renaissancebarett auf den Hofrat. So ist Walter Vierrether geradezu überfällig, in die Schar der Gewürfelten aufgenommen zu werden“, so Dr. Beinhofer am Ende seiner Laudatio.



Stolz präsentiert Walter Vierrether seinen „Frankenwürfel“.

Für den Regierungsbezirk Oberfranken zeichnete Regierungspräsident Wilhelm Wenning den Schauspieler und Regisseur Jan Burdinski aus Aufseß aus. Aus den Händen des mittelfränkischen Regierungspräsidenten Dr. Thomas Bauer erhielt Regionalbischof Christian Schmidt aus Ansbach den Frankenwürfel.



Foto: Stadt Kitzingen

Walter Vierrether als „Kitzinger Hofrat“.

Lydia Neubert



Kontakt

Projektmanagement – S1

Tel.: 0931/380-1152

E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Großbrand und Hochwasser – nicht nur Übung

Übung „Florian-Kurfürst“

300 Feuerwehrleute vom Bayerischen Untermain mit über 50 Einsatzfahrzeugen in Unterfranken unterwegs, um überörtliche Katastrophenhilfe zu leisten: Das war am 16. und 17. April 2011 der Auftrag der Regierung von Unterfranken bei der „unangekündigten“ Übung „Florian-Kurfürst“. Die beiden Feuerwehr-Hilfeleistungskontingente Aschaffenburg (Landkreis und Stadt) und Miltenberg wurden am Tag zuvor von der Regierung um 12.30 Uhr alarmiert und mussten am nächsten Morgen zu früher Stunde „abmarschbereit“ in den Landkreis Bad Kissingen aufbrechen.



Unter Leitung der Regierung von Unterfranken wurden nach einem rund 300 km langen „Marsch“ mit Technischem Halt und Tankstop das Aus- und Fortbildungszentrum der Bundespolizei in Oerlenbach bezogen und die Zelte und Feldküchen aufgebaut. Am nächsten Tag waren von jedem Kontingent Einsatzaufträge zu erledigen: Großbrände auf der Trimbung und der Deponie Wirmsthal. Dies war die bayernweit erste Übung von zwei Hilfeleistungskontingenten unter der Führung einer Regierung.

Dank des hohen persönlichen Engagements der ehrenamtlichen Helfer aus den Feuerwehren, dem THW und Malteser-Hilfsdienst und der ausgezeichneten umfangreichen und detaillierten Vorplanungen der Landratsämter Aschaffenburg und Miltenberg konnten die gesteckten Übungsziele vollständig erreicht werden.

Von den seit 2007 in Bayern für die überörtliche und länder-/staatenübergreifende Katastrophenhilfe gebildeten Einheiten gibt es in Unterfranken 10 Standard-Feuerwehr-Hilfeleistungskontingente, je 6 Spezialkontingente „Hochwasser-Pumpen“ und „Sturm-Motorsägen“, je 5 „Hochwasser-Sandsäcke“ und „Ölwehr“, 4 „ABC-Abwehr“ und 3 „Sturm-Dachsicherung“. Die Kontingentgröße umfasst zwischen 70 und 140 Helferinnen und Helfer und 20-40 Fahrzeuge. Die Einheiten sind für mindestens 48 Stunden autark im Einsatzgebiet. Kommen mindestens zwei solcher Einheiten oder zusätzlich zu einem Feuerwehr-Hilfeleistungskontingent ein Wasserrettungszug oder das Sanitäts-/Betreuungskontingent zum Einsatz, obliegt deren Gesamtleitung der Regierung.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1715

E-Mail: katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de

Main-Hochwasser 2011

Die fast ausschließlich ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren, des THW und der Hilfsorganisationen Bayerisches Rotes Kreuz und Malteser Hilfsdienst waren vom 07.-19. Januar 2011 im Dauereinsatz, als ein außergewöhnlich lang anhaltendes Hochwasser am Main und seinen Nebenflüssen vorherrschte. Das Besondere dabei war, dass es zwei Scheitelwellen gab, von denen die zweite höher als die erste war.

Auch wenn es im Jahr 2011 in Unterfranken zu keinem Katastrophenalarm kam, waren die betroffenen Hilfsdienste in außergewöhnlich hohem Maß im Hochwassereinsatz. Die bestehenden bzw. in den vergangenen Jahren neu errichteten baulichen Hochwasserschutzmaßnahmen, beispielsweise in den Städten Bad Kissingen, Miltenberg und Würzburg, haben sich dabei bewährt und schlimmeren Schaden verhindert.

Wolfgang Raps



Vor Ort machte sich der Bayerische Staatsminister Joachim Herrmann, im Beisein von Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke in Würzburg selbst ein Bild von der Lage (Foto: Stadt Würzburg).

Steigende Asylbewerberzahlen

Die seit Sommer 2010 erheblich gestiegenen und weiter zunehmenden Asylbewerberzahlen stellen die Regierung von Unterfranken vor neue Herausforderungen. Diese ist für die Versorgung von Asylbewerbern und anderen leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen, zuständig. Im zweiten Halbjahr 2010 ist der Asylbewerberzugang bundesweit und damit auch in Unterfranken deutlich angestiegen. Bis 2006 waren die Zuzugszahlen beständig rückläufig, nehmen aber seit 2008 wieder zu. 2011 kamen so viele Asylsuchende nach Deutschland wie zuletzt im Jahr 2003.

Die 14 Gemeinschaftsunterkünfte und Teilgemeinschaftsunterkünfte im Regierungsbezirk sind voll belegt. Weder die Anmietung neuer Liegenschaften noch die Erweiterung bestehender Standorte konnten eine nachhaltige Entspannung bewirken. So lebten am 31.10.2009



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Bischof Dr. Friedhelm Hofmann unmittelbar vor Ort im Gespräch mit einer Bewohnerin aus Äthiopien.

Zugang zu und Umgang mit möglichen Vermietern zu erleichtern, sind z.B. die angebotenen Sprachkursmodule der Wohlfahrtsverbände, die die notwendigen Sprachkenntnisse vermitteln oder den Wohnungssuchenden einen Leitfaden als Hilfe an die Hand geben. Auch modellhafte Projekte werden diskutiert.

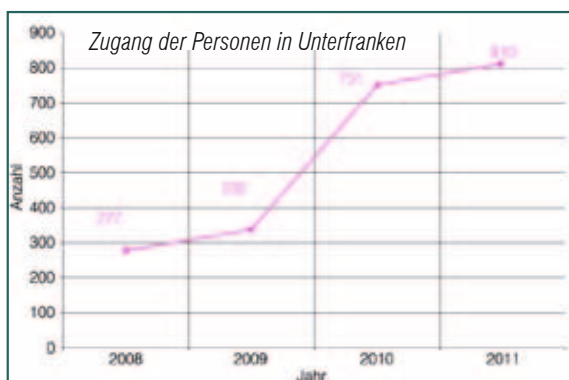
Auch der Würzburger Bischof Dr. Friedhelm Hofmann machte anlässlich eines Besuchs in der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg den Betroffenen Hoffnung, als er feststellte, dass alles unternommen werden müsste, damit insbesondere Familien angemessenen Wohnraum erhielten. In Folge des sog. Bayerischen Asylkompromisses werden künftig verstärkt Familien mit minderjährigen Kindern, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus' bisher nicht berechtigt waren aus-

zuziehen, Wohnungen suchen. Diese Gruppe ist von der Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften unter bestimmten Voraussetzungen ausgenommen. Das gleiche gilt für langaufhältige Einzelpersonen. Für diesen Personenkreis trägt der Freistaat Bayern in vollem Umfang die Kosten des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Aufbauend auf den bisher gemachten Erfahrungen und Hilfestellungen (Sprachkurs, Leitfaden, konkrete Hilfen und Unterstützung durch alle beteiligten Institutionen und insbesondere die Ehrenamtlichen), können sich Erfolge einstellen. Die Regierung von Unterfranken wird in ihrem Engagement für die angemessene Versorgung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden im Rahmen der gesetzlichen und politischen Vorgaben auch künftig nicht nachlassen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1187

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de



1.049 Menschen in unterfränkischen Gemeinschaftsunterkünften, zwei Jahre später waren es 1.477. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Auszugsberechtigten, also der Personen, die aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status nicht mehr verpflichtet sind, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, von 99 auf 200 gestiegen; davon entfallen zwei Drittel auf die Unterkünfte in Würzburg und Aschaffenburg. Für diese Personen sucht die Regierung von Unterfranken gemeinsam mit den Städten, Vertretern von Wohlfahrtsverbänden, Ehrenamtlichen und auch Wohnungsgesellschaften nach Lösungen. So wurden „Runde Tische“ eingerichtet, um privaten Wohnraum zu finden. Die Wohnungsvermittlung ist allerdings nicht einfach. Einerseits haben die Auszugsberechtigten Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, weil sie mit den Regularien nicht vertraut und der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind. Auf der anderen Seite haben potenzielle Vermieter ein berechtigtes Interesse an Mietern, die sich in die private Umgebung einfügen und dort zurecht kommen. Erste Ansätze, den

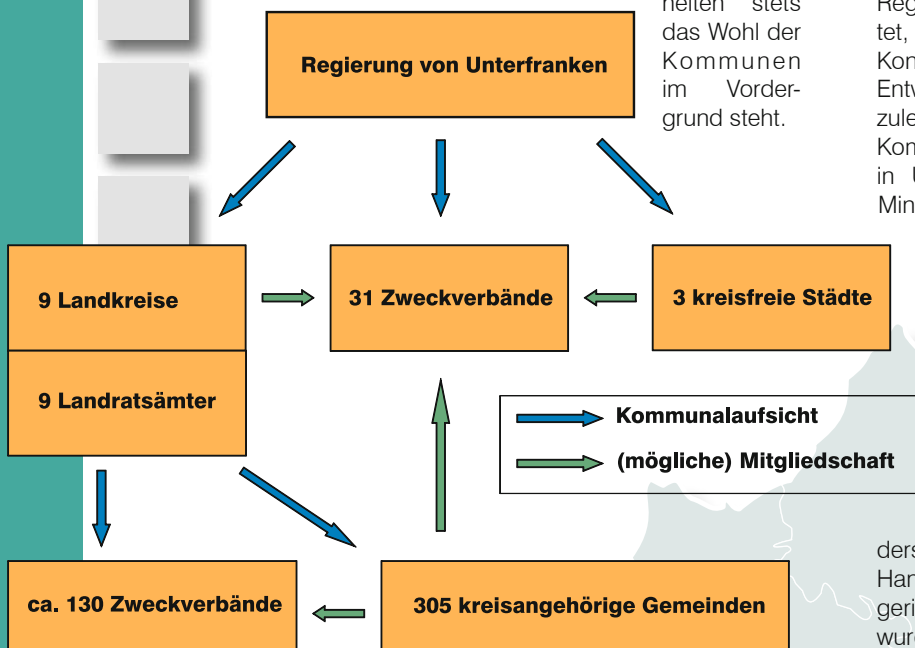


In der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg steht den Bewohnern ein Internetcafe zur Verfügung.

Thomas Weingart

Kommunalaufsicht – Service inklusive

Die Kommunalaufsicht der Regierung von Unterfranken betreut unmittelbar 9 Landkreise, 3 kreisfreie Städte und 31 Zweckverbände. Doch auch bezüglich der 305 kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken und der zahlreichen unter der Aufsicht der Landratsämter stehenden Zweckverbände gibt es häufige Berührungspunkte. Interpretiert wird die Rolle der Kommunalaufsicht nicht als ein herrschaftliches Diktieren, sondern als ein partnerschaftliches Miteinander, bei dem unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen und örtlichen Gegebenheiten stets das Wohl der Kommunen im Vordergrund steht.



(Kreisverbände Aschaffenburg und Miltenberg) oder bei Gemeinderatssitzungen über innovative Kooperationsmöglichkeiten informiert und beraten. 2011 gab es zahlreiche Gemeinden, die diese Kooperationsformen in der Praxis verwirklicht haben, etwa im Bereich der Standesämter oder der Bauhöfe.

Im Jahr 2011 mussten viele Kommunen aufgrund ihrer angespannten Finanzlage Strategien zur Haushaltssanierung entwickeln. Hierbei wurden sie von den Landratsämtern und der Regierung von Unterfranken beraten und geleitet, wobei in der Regel eine Balance zwischen Konsolidierung der Finanzen und kommunaler Entwicklung gefunden werden konnte. Nicht zuletzt mit Hilfe der intensiven Betreuung der Kommunen sank die Anzahl der Gemeinden in Unterfranken, die die haushaltsrechtliche Mindestzuführung nicht erreichen konnten, von 84 im Jahr 2010 auf 59 im Jahr 2011. Die durchschnittliche Verschuldung der Landkreise in Unterfranken konnte von 317 € je Einwohner im Jahr 2008 auf 286 € im Jahr 2011 gesenkt werden.

Kommunalaufsicht bedeutete im Jahr 2011 zunehmend, zwischen Bürgern und Kommunen zu vermitteln und so eine Befriedungsfunktion wahrzunehmen. In der Regel konnte dem Widerspruchsführer/Petenten das kommunale Handeln plausibel begründet werden, sodass gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden wurden. Falls Mängel aufgetreten waren, wurden zusammen mit den Kommunen Lösungen entwickelt, um Fehler im Einzelfall zu korrigieren und für die Zukunft zu vermeiden.

Die Kommunalaufsicht konnte 2011 nicht nur im Spannungsfeld zwischen Presse und Kommunen erfolgreich vermitteln, sondern gleichzeitig dazu beitragen, dass dem Öffentlichkeitsgrundsatz bei Gemeinde-/Stadt-/Kreistagssitzungen verstärkte Rechnung getragen und damit mehr Transparenz für den Bürger erreicht wird.

Im Übrigen hat die Kommunalaufsicht der Regierung von Unterfranken auch im vergangenen Jahr besonderen Wert darauf gelegt, ihrer Vernetzungsfunktion nachzukommen, um so im Interesse der Kommunen eine einheitliche und sichere Rechtsanwendung zu fördern. Dazu diente auch die turnusgemäß bei der Regierung von Unterfranken durchgeführte Kommunaldienstbesprechung mit Vertretern der Landratsämter und kreisfreien Städte.

Die Tätigkeitsfelder der Kommunalaufsicht reichen von der Beratung und Überprüfung bis zur Genehmigung und gegebenenfalls förmlichen Beanstandung. Das Rechtsmittel der Beanstandung musste, auch aufgrund der engen Beratung, wie in den Vorjahren im Jahr 2011 nicht angewandt werden.

Beispiele der Tätigkeitsfelder

Ein Bereich mit besonders intensiver Beratungstätigkeit war auch im Jahr 2011 die Gründung von kommunalen Unternehmen – beispielsweise die Gründung der Gesellschaft zur Umsetzung erneuerbarer Technologieprojekte im Landkreis Haßberge. Im Interesse der Kommunen wurde besonders auf eine öffentliche Zweckbindung der Unternehmen geachtet, um Konflikte mit im Wettbewerb stehenden privaten Unternehmen zu vermeiden.

Im Rahmen des Projekts „Interkommunale Zusammenarbeit“ wurden Gemeinden bei Veranstaltungen und Gesprächen, wie z.B. beim Workshop der Sinngrundgemeinden, bei der Sitzung des Bayerischen Gemeindetages

Kontakt

Tel.: 0931/380-1149

E-Mail: sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de

„Ehrenamtliche finden und halten“

Veranstaltung „Freiwilligenmanagement in Unterfranken“

Die Europäische Kommission hatte das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ erklärt. Damit sollte in ganz Europa gezeigt werden, wie unverzichtbar bürgerschaftliches Engagement ist. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz von engagierten Bürgerinnen und Bürgern ist ein funktionierendes Gemeinwesen nicht denkbar. Ehrenamtliches Engagement stärkt den Zusammenhalt und hilft dort, wo staatliche Institutionen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. In Bayern engagieren sich 36% der über 14-Jährigen ehrenamtlich: das sind in Unterfranken rund 477.000 Personen, die sich für das Gemeinwohl einbringen.

Angesichts der demografischen Entwicklung kommt dem bürgerschaftlichen Engagement für Seniorinnen und Senioren künftig verstärkte Bedeutung zu. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen in der gewohnten Umgebung verbleiben möchten und dabei auf Unterstützung angewiesen sind, die von den Angehörigen nicht immer erbracht werden kann.

<http://www.ehrenamtskarte.bayern.de/>



Die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (FHWS) führte eine Bestandsaufnahme flächendeckend für Unterfranken hinsichtlich des freiwilligen Managements für Seniorinnen und Senioren durch. Die Ergebnisse dieser Studie wurden von Professorin Dr. Doris Rosenkranz im Beisein von Staatssekretär Markus Sackmann und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei einer Veranstaltung am 05. Juli 2011 vorgestellt. In die Datenerhebung waren sämtliche unterfränkischen Altenheime, die Wohlfahrtsverbände und Kommunen einbezogen. Im Rahmen des Projekts wurde ein Instrumentarium entwickelt, um bundesweit erstmals für eine gesamte Region kleinräumig systematisch und multimethodisch die Struktur des Freiwilligenmanagements für den Bereich der Seniorenhilfe zu analysieren. Dabei zeigt sich, dass schon heute Senioren in Unterfranken überwiegend von Fast- oder Mitsenioren betreut werden: 2/3

der Helfer sind älter als 55 Jahre, davon viele im Altersbereich zwischen 65 und 75 Jahren. Um weitere ehrenamtliche Tätige zu gewinnen, ist es vor allem erforderlich, die Ehrenamtlichen besser zu vernetzen, den Austausch untereinander zu fördern und zu organisieren. Ferner müsse die Internetpräsenz und die Qualifizierung der Hauptamtlichen optimiert werden. Die Koordinatoren müssten sich bei der Auswahl und dem Einsatz der Ehrenamtlichen mehr an deren Neigungen und Erfahrungen orientieren. Erforderlich werde der Beruf eines Ehrenamtsbetreuers, bei dem alle Fäden zusammenlaufen.

Staatssekretär Markus Sackmann betonte den hohen Stellenwert, den der Freistaat Bayern dem Ehrenamt einräume. So sei bereits im Jahr 2007 die beitragsfreie Ehrenamtsversicherung auf den Weg gebracht worden.

Er kündigte ab Herbst eine landesweite Ehrenamtskarte an, die zahlreiche Vergünstigungen bieten soll. Voraussetzungen hierfür seien mindestens fünf Stunden ehrenamtliche Arbeit pro Woche.



Foto: FHWS - K. Fraass

v.l.n.r.: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatssekretär Markus Sackmann, Prof. Dr. Doris Rosenkranz (FHWS) und Dekan Prof. Dr. Wiestner (FHWS) bei der Präsentation des Projekts „Freiwilligenmanagement in Unterfranken“ am 05.07.2011 in Würzburg.

Reinhold Kuhn

Kontakt

Tel.: 0931/380-1063

E-Mail: soziales@reg-uftr.bayern.de



Was ist die Bayerische Ehrenamtskarte?

Die Bayerische Ehrenamtskarte ist ein sichtbares Zeichen der Anerkennung für besonderes bürgerschaftliches Engagement. Ehrenamt findet größtenteils vor Ort statt – in der Gemeinde, der Stadt, dem Landkreis, in dem die Ehrenamtlichen wohnen. Und doch leistet jedes bürgerschaftliche Engagement einen Beitrag zum Gemeinwohl, der über die jeweilige Gemeinde-, Stadt- oder Kreisgrenze hinaus wirkt und letztlich dem gesamten Freistaat zugute kommt. Deshalb arbeiten der Freistaat Bayern, die kreisfreien Städte und die Landkreise Bayerns zusammen, um mit dieser bayernweit gültigen Ehrenamtskarte ein „Dankeschön“ an die besonders engagierten Bürger zu richten.

Verbesserung der Lebensqualität von Heimbewohnern

„Gewalt verstehen und bewältigen“

Stationäre Pflegeeinrichtungen sind Orte, an denen Kranke und Bewohner nicht nur Fürsorge, Betreuung und Heilung erfahren. Hier kann es zu Gewaltausübungen kommen durch unmittelbar körperlich wirkenden Zwang oder durch verbale Gewalt in Form von Beschimpfungen und Beleidigungen, missbräuchlichen Einsatz von Medikamenten, die weniger dem Wohl des Bewohners als der Aufrechterhaltung von Betriebsabläufen dienen, oder die missbräuchliche Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen. Aber auch das Pflegepersonal kann Opfer von Gewalt durch Patienten oder

in Marktheidenfeld die Fachtagung „Humor hilft Pflegen“, an der rund 150 Personen aus Einrichtungen der Altenpflege und den Kreisverwaltungsbehörden teilnahmen. Humor in der Pflege bedeutet, eine neue Leichtigkeit und Freude zu erlangen im Umgang mit den Herausforderungen des Berufsalltags. Lachen macht körperliches Leid erträglicher, mobilisiert und hilft, sich trotz aller Gebrechen lebendig zu fühlen. Auch für die Pflegenden ist Lachen die beste Medizin gegen Stress und Frust im Arbeitsalltag. Über sich selbst lachen zu können bedeutet, eigene Schwächen einzugestehen und sich als Mensch mit Unzulänglichkeiten zu schätzen.

Humor kann Unannehmlichkeiten vermindern, indem beängstigende Situationen ins Absurde hochstilisiert werden und dadurch ihren Schrecken verlieren. Und schließlich kann Humor ablenken, mit der Folge, dass Krankheit und deren Symptome in den Hintergrund gedrängt werden. Die Referenten gaben viele nützliche Tipps, die es ermöglichen, die Motivation des Pflegepersonals zu erhöhen und ältere und demente Menschen auf spielerische Weise anzusprechen.

Reinhold Kuhn

Foto: Pat Christ



Wie heikle Situationen im Marktheidenfelder Seniorenheim humorvoll gelöst werden konnten, erzählten Daniel Schwerdhöfer und Gerda Pfeuffer-Flach in ihren Sketchen bei der Fachtagung „Humor hilft Pflegen“ im September 2011.

Heimbewohner werden. Aus der Sicht des Patienten können Faktoren wie Isolation, Ungewissheit, Schamverletzung oder Wahnerkrankungen Angst auslösen. Durch Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenmissbrauch kann die Aggressionsbereitschaft von Patienten noch begünstigt werden. Die Referenten der im Mai 2011 von der Regierung von Unterfranken mitveranstalteten Fachtagung, an der rund 250 Personen teilnahmen, setzten sich mit dem Entstehen von Gewalt auseinander und zeigten Wege auf, Aggressionen zu vermeiden.

„Humor hilft Pflegen“

Gemeinsam mit dem Seniorenheim Marktheidenfeld und der Berufsfachschule für Altenpflege des Landkreises Main-Spessart veranstaltete die Regierung von Unterfranken am 21.09.2011

In Unterfranken gibt es zurzeit 174 Einrichtungen der stationären Altenhilfe. In diesen werden 14.511 Heimplätze angeboten, davon sind 12.613 Pflegeplätze. Daneben gibt es in Unterfranken 106 Wohnheime der Behindertenhilfe. Diese Einrichtungen unterliegen der Überwachung der Kreisverwaltungsbehörden. Als Aufsichtsbehörde liegt der Regierung von Unterfranken insbesondere die Schulung und Fortbildung der für den Vollzug dieser Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisverwaltungsbehörden, aber auch des in den Einrichtungen beschäftigten Personals am Herzen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1063

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Raumordnungsverfahren B 26n

Bürgerbeteiligung auf neue Qualitätsstufe gestellt

Das Jahr 2011 wurde für die Regierung von Unterfranken als Höhere Landesplanungsbehörde durch das Raumordnungsverfahren für den geplanten Neubau einer autobahnähnlichen Bundesstraße B 26n geprägt. Die B 26n soll das Autobahnkreuz Schweinfurt/Werneck, also die Autobahnen 7, 70 und 71 mit der Autobahn 3 westlich Würzburgs verbinden. Zusätzlich ist ein Zubringer von der geplanten B 26n nach Lohr a. Main vorgesehen. Angestrebt werden damit sowohl eine Verbesserung der überregionalen Verbindungen als auch die Erschließung des Landkreises Main-Spessart und die Entlastung von derzeit hoch frequentierten Ortsdurchfahrten.

Das Vorhaben steht schon seit längerer Zeit in der öffentlichen Diskussion und so waren auch die Reaktionen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Raumordnungsverfahren erwartungsgemäß zahlreich. In über 1500 Stellungnahmen mit zum Teil detaillierten Gutachten und zusätzlich mit mehr als 100.000 Unterschriften, hauptsächlich von Gegnern der Bundesstraße, haben sich die Menschen und Träger öffentlicher Belange geäußert. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer entschied sich daher schon frühzeitig dazu, Konsequenzen aus der aktuellen Diskussion über mehr Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großprojekten zu ziehen, die insbesondere die Demonstrationen und das Schlichtungsverfahren bei Stuttgart 21 ausgelöst hatten.

Um den Bürgerinnen und Bürgern neben der Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme auch Gelegenheit zu geben, ihre Sorgen und Anregungen mündlich vorzutragen, Antworten auf ihre Fragen zu erhalten und um zu einer offenen Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern des Projekts beizutragen, führte die Regierung von Unterfranken erstmalig in Bayern ein Bürgergespräch im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens durch.

Da die Höhere Landesplanungsbehörde mit der Durchführung des Bürgergesprächs Neuland betrat, gab es vorab viele offene Fragen zu klären. Wieviele Menschen würden das Gesprächsangebot annehmen? Wie kann bei einem so kontroversen Thema eine emotionale Debatte versachlichtet werden? Wie kann – bei der Vielzahl betroffener Belange und einer Fülle von Analysematerial, insbesondere im Bereich der Ökologie – eine der Raumordnung angemessene, strukturierte Diskussion geführt werden? Es stellte sich für die Gesprächsführung als Herausforderung dar, die Diskussion stets sachlich zu halten und die widerstreitenden Interessen ausgewogen zu Wort kommen zu lassen. Letztlich gelang es aber, allen Teilnehmern Redezeit einzuräumen und deren Fragen

nach Themenblöcken strukturiert über einen ganzen Tag verteilt auch durch die ebenfalls anwesenden Gutachter und den Projektträger beantworten zu lassen. Damit die Argumente und Erkenntnisse des Gesprächs nicht verloren gingen, wurde ein 176-seitiges Protokoll über das achtstündige Gespräch angefertigt, das im Raumordnungsverfahren im Rahmen der Abwägung berücksichtigt wurde.



Mit ca. 150 Teilnehmern war das Bürgergespräch in Karlstadt gut besucht.

Aus Sicht der Regierung von Unterfranken kann dieses Bürgergespräch, das am 10. Juni 2011 im historischen Rathaus in Karlstadt stattfand, als erfolgreicher Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und Verfahrenstransparenz gewertet werden. Auch die Teilnehmer der Veranstaltung bestätigten dies. Das gelungene Experiment für diese neue Qualitätsstufe der Bürgerbeteiligung im Raumordnungsverfahren war auch Anstoß für einen entsprechenden Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung auf Initiative Bayerns im Oktober 2011.

Im Dezember 2011 konnte das Raumordnungsverfahren schließlich mit dem Ergebnis beendet werden, dass der Neubau der B 26n unter Beachtung einer Vielzahl von Maßgaben den Erfordernissen der Raumordnung entspricht. Insbesondere ist in den Maßgaben festgehalten, dass die B 26n in möglichst zeitnah aufeinanderfolgenden Bauabschnitten durchgehend zu errichten ist und im nachgeordneten Straßennetz in verschiedenen Orten geeignete Maßnahmen zur Vermeidung negativer Folgewirkungen des Neubaus zu treffen sind. Zudem ergeht mit der landesplanerischen Beurteilung ein Prüfauftrag zur Möglichkeit einer Realisierung in zwei- bis dreistreifiger statt vierstreifiger Ausführung, um die möglichen Umweltbelastungen weiter zu reduzieren.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1280 oder 1396

E-Mail: wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Stephan Albert
Oliver Weidlich

Unterfranken im Aufwind

Regionalplanerische Steuerung der Windkraftnutzung

Die politisch beschlossene Energiewende (siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 2) wird dazu führen, dass die Zahl der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in den nächsten Jahren sehr stark wachsen wird. Besonders augenfällig sind dabei Windkraftanlagen – und zwar nicht nur, weil sie in der Landschaft weithin zu sehen sind – sondern weil sie vor allem einen besonders großen Beitrag zur regenerativen Stromerzeugung leisten sollen. So wird in dem von der Staatsregierung am 24. Mai 2011 beschlossenen Bayerischen Energiekonzept „Energie innovativ“ mit einem überdurchschnittlichen Windenergiezuwachs in Bayern gerechnet: Während sich die Stromerzeugung aus Windkraft im Jahr 2009 in Bayern auf 0,6 Mrd. kWh belief, könnte bis zum Jahr 2021 ein Beitrag von über 17 Mrd. kWh erreicht werden.

Um einen solch enormen Zuwachs des „Windstroms“ zu erreichen, wird die Errichtung von 1.000 bis 1.500 neuen Windkraftanlagen bis 2021 für nötig erachtet. Das setzt eine entsprechende öffentliche Akzeptanz voraus, die insbesondere eine raumverträgliche Verteilung der Windkraftanlagen bedingt. Es wird Aufgabe der Regionalplanung sein, die Standorträume für die Windkraftnutzung so festzulegen, dass eine Beeinträchtigung anderer Belange minimiert wird. Dabei geht es u. a. darum, die Bevölkerung vor Lärm zu schützen, das gewachsene Landschaftsbild vor einer „technischen Überprägung“ zu bewahren oder die Lebensräume geschützter Arten zu erhalten.

Allerdings ist jegliche Art der Energieerzeugung zwangsläufig mit Auswirkungen auf „die Umwelt“ verbunden. Bei der Windkraftnutzung werden vor allem die Veränderungen unserer Landschaft wahrgenommen, andererseits kommt diese Art der Stromproduktion insbesondere ohne klimaschädliche Abgase und ohne Entsorgungsproblematik aus.

In den Regionalplänen der drei unterfränkischen Regionalen Planungsverbände sind schon seit geraumer Zeit Regelungen enthalten, die darauf abzielen, Windkraftstandorte raumverträglich zu planen. Zudem legen die Regionalpläne bislang fest, dass die Landschaftsschutzgebiete innerhalb unserer Naturparke, die zu den wertvollsten Landschaftsräumen unserer Heimat zählen, von Windkraftanlagen frei bleiben.

Darüber hinaus sind in den Regionen Würzburg (Landkreise Kitzingen, Main-Spessart und Würzburg, Stadt Würzburg) und Main-Rhön (Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt, Stadt Schweinfurt) in neuerer Zeit Regionalplanfortschreibungen im Gange, die eine Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windkraftnutzung zum

Gegenstand haben. Mit der damit bewirkten Konzentration der Windkraftanlagen wird einer „Verspargelung der Landschaft“ entgegengewirkt, weil der Raum außerhalb dieser Gebiete von Windkraftanlagen frei gehalten wird. Zugleich kann die Konzentration Synergieeffekte freisetzen.

Der bisherige Entwurf der Region Würzburg sieht insgesamt 56 Vorrang- und Vorbehaltsgebiete mit etwa 4.500 ha bzw. 3.600 ha vor, das entspricht zusammen ca. 2,7% der Regionsfläche. In der Region Main-Rhön sind 94 solcher Gebiete mit 5.700 ha bzw. 7.200 ha geplant, was etwa 3,2% der Regionsfläche ausmacht.

Mit diesen Entwürfen haben die Regionalen Planungsverbände Würzburg und Main-Rhön wesentliche Grundlagen für die Umsetzung der Energiewende in Unterfranken geschaffen. Am Ende der inzwischen begonnenen intensiven Diskussion dieser Regionalplanentwürfe soll eine raumverträgliche Verteilung der Windkraftnutzung stehen.

Auch der Regionale Planungsverband Bayerischer Untermain (Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, Stadt Aschaffenburg) prüft derzeit auf der Grundlage eines „Integrierten Energie- und Klimakonzeptes“ die Möglichkeiten für weitere regionalplanerische Regelungen.

Schon heute leistet Unterfranken für die Windkraftnutzung in Bayern einen überdurchschnittlichen Beitrag: Nach dem Stand von Mitte 2011 steht in unserem Regierungsbezirk mit insgesamt 104 Windkraftanlagen fast ein Viertel der in Bayern vorhandenen 439 Anlagen. Darüber hinaus werden die aufgezeigten Planungen der Regionalen Planungsverbände der Windkraftnutzung in Unterfranken in substantieller Weise weiteren Raum verschaffen. Unterfranken ist daher im Rahmen der „Energiewende“ auch bei der Windkraft bestens gerüstet.

Rainer Kern

Kontakt

Tel.: 0931/380-1281

E-Mail: wirtschafts.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

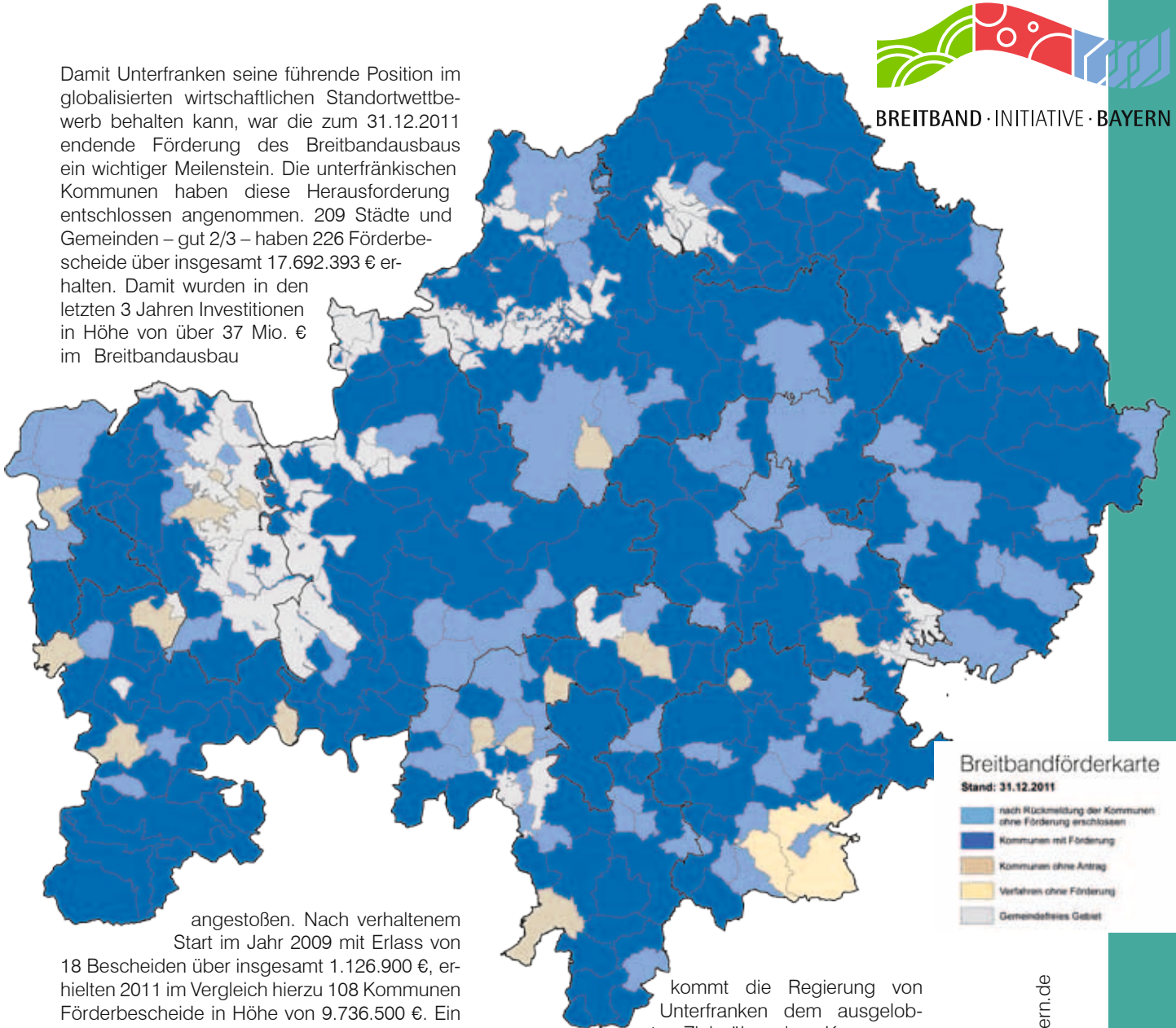
Breitbanderschließung Unterfranken

Insgesamt 209 Kommunen gefördert



BREITBAND · INITIATIVE · BAYERN

Damit Unterfranken seine führende Position im globalisierten wirtschaftlichen Standortwettbewerb behalten kann, war die zum 31.12.2011 endende Förderung des Breitbandausbaus ein wichtiger Meilenstein. Die unterfränkischen Kommunen haben diese Herausforderung entschlossen angenommen. 209 Städte und Gemeinden – gut 2/3 – haben 226 Förderbescheide über insgesamt 17.692.393 € erhalten. Damit wurden in den letzten 3 Jahren Investitionen in Höhe von über 37 Mio. € im Breitbandausbau



Breitbandförderkarte

Stand: 31.12.2011

- nach Rückmeldung der Kommunen ohne Förderung erschlossen
- Kommunen mit Förderung
- Kommunen ohne Antrag
- Verfahren ohne Förderung
- Gemeindefreies Gebiet

angestoßen. Nach verhaltenem Start im Jahr 2009 mit Erlass von 18 Bescheiden über insgesamt 1.126.900 €, erhielten 2011 im Vergleich hierzu 108 Kommunen Förderbescheide in Höhe von 9.736.500 €. Ein wahrer Endspurt!

Von der Breitbanderschließung profitieren aber nicht nur über 25.000 Gewerbetreibende, die eine bedarfsgerechte Breitbandversorgung erhalten, sondern auch viele private Haushalte können zukünftig auf leistungsfähigen Datenautobahnen surfen. In Zahlen ausgedrückt entspricht dies gut 150.000 Haushalten und rund 4.300 landwirtschaftlichen Betrieben. Damit

kommt die Regierung von Unterfranken dem ausgelobten Ziel näher, dass Kommunen mit der angebotenen staatlichen Unterstützung schnell und flächendeckend Zugänge zum schnellen Internet auch außerhalb der Zentren erhalten. Denn ohne schnelle Internetverbindung besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Orte bereits kurzfristig von den technischen und regionalen Entwicklungen abgehängt werden.

Auch wenn beim Breitbandausbau bereits viel erreicht worden ist, gilt es mit unverminderter Intensität, den in vielen Gemeinden aktuell laufenden Ausbau zu begleiten. Der Breitbandausbau ist keineswegs eine abgeschlossene Maßnahme. Die sich stets wandelnden Anforderungen und unterschiedlichsten Nutzungsmöglichkeiten erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der vorhandenen Infrastruktur, besonders im Hinblick auf die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Unterfranken.



Gisela Götz

Kontakt

Teil.: 0931/380-1225

E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Meilenstein für mehr Energieeffizienz

Startschuss für „Energy Efficiency Center“ in Würzburg

Der Freistaat Bayern stärkt den Forschungsstandort Bayern durch den Ausbau des Bayerischen Zentrums für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE Bayern). Am ZAE-Standort Würzburg unterstützt das Bayerische Wirtschaftsministerium den Neubau eines innovativen Forschungsgebäudes mit ca. 4 Mio. €. Regierungspräsident Dr. Beinhofer erklärte hierzu: „Wir werden damit die angewandte Energieforschung in Bayern weiter ausbauen. Gerade in der Energieeffizienz bei Gebäuden gibt es ein großes Potenzial. Mit dem Neubau, dessen Grundsteinlegung am 10.10.2011 war, entsteht



eines eigenen Gebäudes zu präsentieren, besteht durch die Verbindung von innovativer Technologie, Materialien und Komponenten. Der Lebenszyklus des Gebäudes wird zudem künftig von unterschiedlichen wissenschaftlichen Untersuchungen sowie einem kontinuierlichen Monitoring begleitet.

Der Standort in unmittelbarer Nähe zum Universitätscampus sowie die Integration des Gebäudes in das Konzept der Landesgartenschau 2018 sind ein Glücksfall für Würzburg. Zudem symbolisiert die über das Gebäude gespannte Membran eine gewisse Leichtigkeit und strahlt gleichzeitig Dynamik aus. Genau die passende Architektur für ein Gebäude, dessen Nutzer von ihren Ideen leben und Visionen durch Forschung und Entwicklung zur Realität werden lassen.

Dieses ehrgeizige und zukunftsweisende Demonstrationsprojekt mit Namen „DEENIF“ erhält auch finanzielle Unterstützung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie namhaften Industriepartnern und wird durch seine technische Varianz bundesweit zu einem Referenzprojekt.

Das ZAE betreibt an den Standorten Würzburg, Erlangen und Garching seit 1991 angewandte Energieforschung. Es entwickelt energiesparende Konzepte, Techniken und Anlagen und erschließt regenerative Energiequellen, vor allem im Bereich Solarenergie. Zudem verknüpft es Materialforschung, Komponentenentwicklung und Systemoptimierung. Das Institut arbeitet an der Schnittstelle zwischen erkenntnisbasierter Grundlagenforschung und angewandter Industrieforschung, der wesentlichen Grundlage zum Erhalt unserer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

Gisela Götz



Foto: ZAE Bayern

Grundsteinlegung mit Staatssekretärin Katja Hessel (Mitte).

in Würzburg ein Leuchtturmprojekt für energieoptimiertes Bauen mit einer Ausstrahlung weit über die Grenzen Bayerns hinaus.“

Das Gebäude mit Gesamtkosten von rund 10,5 Mio. € wird auf dem Konversionsgelände „Am Hubland“ errichtet. Der Grundgedanke, Idee, Funktionsfähigkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit der innovativen Entwicklungen anhand

Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-uf.r.bayern.de

Das zukünftige Forschungsgebäude „Energy Efficiency Center“ in Südostansicht (Grafik: Lang Hugger Rampp GmbH).



Lärmsanierung entlang der Bahnstrecken

Planfeststellung für Neubau von Lärmschutzwänden an verschiedenen Streckenabschnitten in Würzburg

Die Regierung von Unterfranken hat im Juni 2011 das Anhörungsverfahren zur Planfeststellung für die Lärmsanierung mehrerer Bahnstrecken in Würzburg eingeleitet. Damit erhielten die von der Baumaßnahme betroffenen Behörden sowie die Stadt Würzburg Gelegenheit, sich zu den Planungen zu äußern. Parallel dazu wurden die Planunterlagen für einen Monat durch die Stadt Würzburg öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt, um auch betroffenen Privatpersonen die Möglichkeit zu geben, sich über die Planung zu informieren und innerhalb gesetzlich festgelegter Fristen Einwendungen gegen den Plan zu erheben.

Im Rahmen des Lärmsanierungsprogramms an Schienenwegen des Bundes beabsichtigt die Deutsche Bahn AG, umfangreiche aktive Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken in Würzburg durchzuführen. Vorhabensträger ist die DB Netz AG. Das Vorhaben ist für die lärmbelasteten Siedlungsgebiete entlang der Bahnstrecken und damit für die Wohn- und Lebensqualität mehrerer tausend Bürger von erheblicher Bedeutung. Es umfasst zunächst die Bahnstrecke „5321 Treuchtlingen – Würzburg Hbf.“ im Abschnitt Würzburg Süd. Diese Bahnstrecke ist vor allem für den Güterverkehr von besonderer Bedeutung. Die sehr wichtige Nord-Süd-Fernverkehrsstrecke wird zudem von einigen ICE- und IC-Zügen befahren. Darüber hinaus verkehren Züge des Nahverkehrs im Stundentakt, werktags sowie in den Hauptverkehrszeiten auch verdichtet. Die Auslastung der Bahnstrecke hat bereits jetzt erhebliche Lärmbelastungen für die Anwohner zur Folge. Dabei ist zu erwarten, dass die Lärmpegel bis 2015 noch weiter ansteigen werden. Im Prognosezeitraum 2015 wurden für ca. 1.200 Wohneinheiten Überschreitungen der Lärmsanierungsgrenzwerte ermittelt. Im Streckenabschnitt Würzburg Süd sollen daher Lärmschutzwände von jeweils ca. 2 km Länge links und rechts der Bahn mit einer Wandhöhe von drei Metern über Schienenoberkante errichtet werden. Durch die Errichtung der Lärmschutzwände als aktive Lärmschutzmaßnahme kommt es zu einer deutlichen Verringerung der Lärmpegel an der benachbarten Bebauung. Für die Bebauung werden Reduzierungen von 9,9 bis 12,9 dB(A) gegenüber dem ansonsten zu erwartenden Beurteilungspegel für das Jahr 2015 erreicht. Trotz der guten Wirksamkeit der Lärmschutzwände verbleiben an einigen Wohneinheiten jedoch Grenzwertüberschreitungen. Hier kommen zusätzliche Maßnahmen des passiven Lärmschutzes (z.B. der Einbau von Schallschutzfenstern) in Betracht.

Daneben beinhaltet das Vorhaben auch Abschnitte der Strecken „5321 Treuchtlingen - Würzburg Hbf. / 4120 Mosbach-Neckarelz - Würzburg-Heidingsfeld West“. Auch in

diesem Bereich sind mehr als 1.000 Wohneinheiten von Überschreitungen der Lärmsanierungsgrenzwerte betroffen. Die Grenzwertüberschreitungen beziehen sich größtenteils auf den Nachtzeitraum (22:00 bis 06:00 Uhr), treten aber auch im Tageszeitraum vereinzelt auf und betragen in der ersten und zweiten Gebäudereihe – je nach Abstand der Gebäude zum Gleis und der topographischen Situation – bis zu 16 dB(A) im Nachtzeitraum. Entlang der Schienenstrecken im Stadtteil Heidingsfeld ist die Errichtung mehrerer Lärmschutzwände mit Wandhöhen von zwei bzw. drei Metern über der Schienenoberkante geplant. Dadurch werden künftig die gesetzlichen Lärmgrenzwerte weitgehend eingehalten. Passive Schallschutzmaßnahmen sind nur noch in geringem Umfang erforderlich.

Die Regierung von Unterfranken wird im Planfeststellungsverfahren nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz als Anhörungsbehörde im Auftrag des Eisenbahn-Bundesamtes tätig, welches die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens – den Planfeststellungsbeschluss – erlässt. Im Rahmen des umfangreichen Anhörungsverfahrens gingen bei der Regierung von Unterfranken neben den Stellungnahmen der Fachbehörden und der Stadt Würzburg mehr als fünfzig Einwendungen von Bürgern ein. Dabei zeigte sich, dass die Interessenlage der Bürger durchaus unterschiedlich ist. Während einerseits eine Verstärkung der Lärmschutzmaßnahmen durch die Verlängerung bzw. Erhöhung der geplanten Lärmschutzwände gefordert wurde, wird von anderen Bürgern der Verzicht auf das Vorhaben insbesondere aus städtebaulichen Gründen oder eine geänderte bauliche Gestaltung angemahnt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist übersandte die Regierung von Unterfranken die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen im August 2011 zunächst an die DB Netz AG, die nun hierzu Stellung nehmen muss. Nach Eingang der Stellungnahme wird die Regierung von Unterfranken im Jahr 2012 die Planungen in einem Erörterungstermin mit der Deutschen Bahn AG, den Bürgern und den Fachbehörden diskutieren und danach das Anhörungsverfahren mit ihrer Stellungnahme gegenüber dem Eisenbahn-Bundesamt abschließen.



Strecke 5321 Treuchtlingen – Würzburg Hbf., Blickrichtung Heidingsfeld.

Heiko Brückner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1208

E-Mail: wirtschafts.landesentwicklung.verkehr@reg-ufv.bayern.de

Historische Erweiterung der Universität Würzburg: Einweihung Campus Nord

Mit dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte kam eine ungewöhnliche Herausforderung auf die Stadt Würzburg zu, entspricht doch allein die Fläche der Leighton Barracks der Größe der barocken Innenstadt.

In Unterfranken sahen sich auch andere Kommunen ähnlich schwierigen Aufgaben gegenüber. Um die Kommunen zu unterstützen, setzte die Regierung von Unterfranken eine Arbeitsgruppe ein, die sich der anstehenden Problemfelder inter fakultativ und ressortübergreifend angenommen hat.

In Würzburg wurde schnell gehandelt. Durch einen engen Schulterschluss zwischen Universität, Stadt, Politik und Regierung konnte der Erwerb von 39 Hektar aus dem Leighton-Areal vorangetrieben werden. Auf Anregung der Regierung wurde ein genauer Ablaufplan entwickelt, der für alle beteiligten Institutionen Termine, Fristen und Aufgaben eintaktete, damit alle Maßnahmen bis zum doppelten Abiturjahrgang 2011/2012 verwirklicht werden konnten. In diesem Zusammenspiel aller Kräfte bewährte sich die Regierung mit ihren Sparten als Bündlungsbehörde.

Über die Regierung konnte die Entwicklung der Konversionsflächen in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ aufgenommen werden.

In den Jahren 2004 bis 2010 wurden bei förderfähigen Kosten von 1,04 Mio. € Finanzhilfen von Bund und Land in Höhe von 613.000 € eingesetzt.

Mit dem Rahmenplan, der aus dem Wettbewerb „Konversion Würzburg – Leighton Areal“ hervorging, ist die zukünftige städtebauliche Entwicklung des neuen Stadtteils aufgezeigt.

Für die Universität Würzburg ergeben sich hier Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie wohl

keine andere bayerische Universität besitzt. Zu den ersten Meilensteinen dieser Entwicklung – Campus Nord, neues Hörsaalgebäude und naturwissenschaftliches Praktikumsgebäude – sei der Universität gratuliert.



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Überblick über Teile des Campus Nord und Süd.

Alle Projekte standen unter einem enormen Termin- und Erfolgsdruck. Sie wurden sowohl im erforderlichen Zeit- als auch Kostenrahmen abgewickelt.

Rechtzeitig zum Sommersemester 2011 konnten am 12. April mit Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Oberbürgermeister Georg Rosenthal und Universitätspräsident Prof. Dr. Alfred Forchel die ersten im Bestand für 20,6 Mio. € sanierten Gebäude mit fast 11.000 m² Hauptnutzfläche eingeweiht werden. Die Erschließung musste für fast 8 Mio. € erneuert werden.

Um den dringend benötigten Brückenschlag vom Campus Süd in den Campus Nord über die stark befahrene Straße „Am Galgenberg“ zu schaffen, hat das Staatliche Bauamt Würzburg nun einen Wettbewerb für eine Fuß- und Radwegbrücke ausgeschrieben, die voraussichtlich bis Mitte 2013 fertiggestellt sein soll.

Bauanträge sind gestellt für eine Mensateria und ein Uni-Kinderhaus auf dem neuen Universitätsgelände. Daneben müssen noch der Rahmenplan und die Gesamterschließung des Gesamtcampus auf den Weg gebracht werden.

Wenn man vom Rollfeld der ehemaligen Leighton-Kaserne zur vier Kilometer entfernten Festung blickt, kann man förmlich spüren: Hier wird ein neues Stück Stadt- und Universitätsgeschichte geschrieben.



Foto: Michael Mommertz

Den Grundstein für das neue Campusgelände enthüllen (v.l.n.r.): Peter Mack (Staatliches Bauamt Würzburg), Sprecherrätin Hannah Klein, Oberbürgermeister Georg Rosenthal, die Landtagsabgeordneten Oliver Jörg und Volkmar Halbleib, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch sowie Universitätspräsident Prof. Dr. Alfred Forchel.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1413

E-Mail: bauwesen@reg-ufb.bayern.de

Ein steiniger Weg zum Erfolg

Neubau der Hochschule für angewandte Wissenschaften
Würzburg-Schweinfurt (FHWS)



Neugestalteter Innenhof

Ein erster Anlauf, die Ausbildungsrichtung „Gestaltung“ im Röntgen-Gymnasium unterzubringen und das Gymnasium an anderer Stelle zu errichten, scheiterte 1997 an einem Bürgerentscheid. Auf der Suche nach möglichen Standorten wurde man am Sanderheinrichsleitenweg fündig. Im Jahr 2002 tauschte der Freistaat Bayern das gewünschte Baufeld dort mit der Stadt Würzburg gegen ein Grundstück in der Gartenstadt Keesburg.

Zwei Jahre später wurde der erforderliche Bebauungsplan rechtskräftig. Im gleichen Jahr bewarben sich mehr als 500 europäische Architekten bei dem ausgelobten Architektenwettbewerb. Von den 45 teilnehmenden Arbeitsgemeinschaften gewannen die „Gerber Architekten“ aus Dortmund den ersten Preis.

Nachdem 2007 der Planungsauftrag erfolgte, ließ im Juli 2008 ein Bürgerentscheid erneut um das Projekt bangen. Doch drei Viertel der Würzburger stimmten für den neuen Standort. Jetzt ging es Schlag auf Schlag: September 2008 Spatenstich, Oktober 2010 Richtfest und September 2011 Einweihung.

Den Architekten ist es gelungen, ein ästhetisch anspruchsvolles Bauwerk als Solitär in den Hang zu „komponieren“. Über einem Garagen-Sockelgeschoss staffeln sich zwei versetzt gespiegelte L-förmige Baukörper um einen Hof. Der nördliche viergeschossige Winkel nimmt in erster Linie Büroräume auf, während im südlichen, aufgeständerten Winkel Hörsäle untergebracht sind – mit einem herrlichen Blick in das Maintal.

Die Ausbildungsrichtung hat nun nach 20 Jahren ein neues Stammgebäude mit besten Studienbedingungen.

Mit 5.500 m² neuer Hauptnutzfläche für 950 Studenten ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (FHWS) einerseits gewappnet für den doppelten Abiturjahrgang 2011/2012, andererseits schafft die termingerechte Fertigstellung die Voraussetzung für die Sanierung des WISO-Gebäudes in der Münzstraße.

Im Sinne der Ökologie wurde ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergriffen.

Auf den extensiv begrünten Flachdächern erzeugt eine Photovoltaikanlage Strom, der ins Netz eingespeist wird.

Die Beheizung erfolgt über Pellet- und Gasheizkessel. In der Lüftungsanlage wird durch Wärmerückgewinnung Energie gespart. Im Süden des Gebäudes wird in einer Retentionsmulde Regenwasser zurückgehalten, welches dort versickert. Naturnah gestaffelte Hecken mit intensivem Blühcharakter, eine artenreiche Wiese und dazu eine Ausgleichsfläche am Naturdenkmal „Schlangensee“ mildern den baulichen Eingriff in die Natur.

Ludwig Dorbath

Kontakt

Tel.: 0931/380-1413

E-Mail: bauwesen@reg-ufw.bayern.de



Blick vom Innenhof ins Maintal.



Gebäudedaten

- 5.500 m² Hauptnutzfläche
- 75.000 m³ umbauter Raum
- 24.000 m² Grundstücksfläche
- 7 Hörsäle mit 800 Plätzen, 4 Seminarräume, Fotostudio, 16 Informatiklaborräume, Cafeteria, fast 300 Räume insgesamt
- 33 Mio. € Baukosten, zuzüglich 2,6 Mio. € Erschließung – finanziert aus dem Programm „Bayern FIT“

Wichtige Straßenbauprojekte in Unterfranken unter Verkehr

Großprojekte termingerecht fertiggestellt

In Bezug auf die termingerechte Fertigstellung wichtiger unterfränkischer Verkehrsprojekte kann das Jahr 2011 als durchaus erfolgreich angesehen werden. So konnte mit der Fertigstellung der Verlegung westlich von Markttheidenfeld im Zuge der Staatsstraße 2315 ein weiterer Baustein zur besseren Anbindung des nordwestlichen Landkreises Main-Spessart an die BAB 3 gesetzt werden. Aber auch bei der Erneuerung und Instandsetzung von Mainbrücken konnten 2011 Fortschritte erzielt werden. So wurde in Aschaffenburg die Instandsetzung der Ebertbrücke im Zuge der B 26 fertig gestellt und mit dem Neubau der Mainbrücke Volkach im Verlauf der Staatsstraße 2260 die dritte von vier unterfränkischen Mainbrücken im Rahmen eines PPP-Pilotprojektes (öffentlich-private Partnerschaft) realisiert.

Verlegung westlich Markttheidenfeld

Die ersten Planungsüberlegungen zur Lösung der Verkehrsprobleme im Bereich Markttheidenfelds gehen auf das Jahr 1992 zurück. Als Ergebnis der damaligen Untersuchungen stellte sich die Verlegung der Staatsstraße aus dem



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Verlegung westlich Markttheidenfeld: Großmaschineneinsatz bei der Befestigung der Auffahrtsrampe

Maintal auf die Anhöhe im Westen von Markttheidenfeld als zweckmäßigste Lösung heraus. Auf Grund des zu überwindenden Höhenunterschiedes und der schwierigen Geländeverhältnisse stellte der zweite Bauabschnitt des sog. „Aufstiegs“ sowohl straßenplanerisch als auch bautechnisch eine große Herausforderung dar. Die Maßnahme wurde nach ca. dreijähriger Bauzeit im August 2011 von Staatssekretär Gerhard Eck feierlich dem Verkehr übergeben. Die Kosten der ca. 2,2 km langen Verlegungsstrecke belaufen sich auf rd. 11 Mio. €.

Instandsetzung der Ebertbrücke in Aschaffenburg

Die in den Jahren 1962 bis 1965 als reine Stahlbrücke erbaute Ebertbrücke hat seit dieser Zeit nahezu unverändert der extrem hohen Verkehrsbelastung von aktuell ca. 43.000 Kfz/24h standgehalten. Im Jahr 2010 konnte endlich die dringend erforderliche Sanierung begonnen werden. Nach einer Bauzeit von knapp einhalb Jahren konnte das Bauwerk Anfang August wieder für den Verkehr freigegeben werden. Die Ebertbrücke ist ein wesentlicher Bestandteil des vierstreifigen Ausbaus der B 26 in Aschaffenburg. Damit sie auch in Zukunft für diese Aufgabe und ihre wichtige Funktion im städtischen Ringstraßenkonzept gerüstet ist, hat der Bund rund 7 Mio. € in die Instandsetzung des Bauwerks investiert.

Neubau der Mainbrücke Volkach

Nach Zerstörung der historischen Mainbrücke im April 1945 wurde die Mainbrücke Volkach nur provisorisch als sog. Roth-Wagner-Kriegsbrücke wieder aufgebaut. Neben unzureichender Nutzbreite und schlechtem Bauwerkszustand belegten auch mehrere Schiffshavarien, bei denen wiederholt Strompfeiler angefahren wurden, das dringende Erfordernis eines Brückenneubaus. Die neue Mainbrücke Volkach überspannt den Main nun als rd. 120 m lange Stahlbogenbrücke ohne Pfeiler. Dadurch wird die Gefahr des Schiffsanpralls künftig ausgeschaltet. Die Gesamtlänge des „4-Feld-Bauwerks“ beträgt rund 200 m. Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die neue Mainbrücke Volkach im September 2011 durch Staatssekretär Gerhard Eck eingeweiht. Die Gesamtkosten für das Brückenbauwerk belaufen sich auf rund 16,7 Mio. €.



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Verkehrsfreigabe Mainbrücke Volkach mit Staatssekretär Gerhard Eck (2.v.r.) und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (rechts).

Kontakt
Tel.: 0931/380-1432
E-Mail: bauwesen@reg-ufi.bayern.de

Christoph Eberlein



Grafik: Staatliches Bauamt Würzburg

Binsfeld im Wandel

Ein Dorf gestaltet seine demografische Entwicklung

Die Stadt Arnstein ist seit Jahren bestrebt, die Attraktivität der Ortskerne in allen 12 Stadtteilen zu erhalten und zu steigern. Vorbildcharakter hat hierbei die Sanierung von Binsfeld, einem Arnsteiner Stadtteil mit ca. 430 Einwohnern, das durch viel Bürgerengagement nicht nur bauliche-städtebauliche, sondern auch energetische und soziale Konzepte zukunftsweisend umgesetzt hat.

In Binsfeld zeichneten sich die klassischen Problemfelder vieler kleiner Kommunen im ländlichen Raum ab: Einwohnerrückgang beschleunigt durch Abwanderung vor allem junger Menschen aufgrund fehlender Perspektiven, Überalterung, Leerstände, drohende Verödung des Ortskerns etc.

Doch in Binsfeld wurden die Folgen des Strukturwandels bzw. die Zeichen des demografischen Wandels nicht tabuisiert, sondern die Bürgerinnen und Bürger nahmen sich der Herausforderungen frühzeitig an. Angestoßen von einer aktiven lokalen Agenda 21-Gruppe sprachen sie sich bereits Mitte der 1990er Jahre nicht nur für eine weitgehende CO₂-freie Heizwärmeversorgung des Ortes sowie für eine Senkung des Energieverbrauchs auf breiter Basis aus, sondern setzten sich auch die Ziele, die Ökonomie vor Ort zu intensivieren (es soll sich wieder lohnen im Ort zu investieren) sowie die sozialen Netzwerke im Sinne „Das Dorf als Großfamilie“ zu stärken.

Um Binsfeld bei der Umsetzung dieser Ziele auch finanziell unterstützen zu können, erfolgte im Jahr 1999 die Aufnahme in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm. Im Jahr 2001 wurde mit „Vorbereitenden Untersuchungen“ nach dem Baugesetzbuch begonnen und parallel dazu eine energetische Bestandsuntersuchung mit Rahmenplan in Auftrag gegeben.

Die Umsetzung des Energiekonzeptes übernahm die gemeinnützige „Die Dorf Service GmbH“, zu der sich die Stadt Arnstein und 13 Ortsbewohner zusammengeschlossen hatten. Als erste Stufe wurde eine Energiezentrale im Zusammenhang mit dem Neubau des Feuerwehrhauses errichtet. Die Energiezentrale, bestehend aus einer Hackschnitzelheizanlage, einem 120 m² großen Sonnenkollektor und einem Pufferspeicher, wird seit Anfang November 2004 betrieben. Im Rahmen von Kanalbaumaßnahmen wurden seitdem in Eigenleistung der Binsfelder Bürger Nahwärmeleitungen sowie Steuerkabel auf einer Länge von ca. 1 km in den Straßen verlegt. In diesem Zuge erfolgte auch eine gestalterische Aufwertung des öffentlichen Raumes.



Derzeit sind bereits die Kirche, der Kindergarten, das „Soziale Bürgerhaus“ und 30 Privatanwesen an das Nahwärmenetz angeschlossen. Damit sind rund 35% der Wohngebäude in Binsfeld mit regenerativer Energie versorgt. Sukzessive sollen künftig noch weitere Anwesen folgen.

Aufgrund des hohen Bürgerengagements, auch im sozialen Bereich, wurde Binsfeld zudem im Jahr 2007 als Pilotgemeinde für den ländlichen Raum in das Städtebauförderungsprogramm II „Soziale Stadt“ aufgenommen. Eines der Ziele des hierbei mit den Bürgern erarbeiteten „integrierten Handlungskonzeptes“ war, ein „Soziales Bürgerhaus“ zu schaffen, um Familien bei der Kindererziehung und -betreuung sowie ältere Menschen unterstützen zu können. Mittels Sanierung und Erweiterung eines denkmalgeschützten Gebäudes in der Ortsmitte ist dies zwischenzeitlich gelungen. Im „Sozialen Bürgerhaus“, das im Jahr 2011 eingeweiht wurde, werden zudem eine generationenübergreifende Begegnungsstätte, ein Mittagstisch für Jung und Alt sowie eine Erwachsenenbildung angeboten.

Die Stadt- bzw. Dorfsanierung in Binsfeld stellt nicht nur eine materielle und bauliche Aufgabe dar, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag, das Bürgerengagement zu aktivieren bzw. zu stärken – eine wichtige Voraussetzung und Chance zur erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Insgesamt konnte die Stadt Arnstein für ihren Stadtteil Binsfeld dabei bislang aus Mitteln der Städtebauförderung mit einem Zuschuss in der Höhe von gut 1 Mio. € unterstützt werden.

Daniela Kircher

Kontakt

Tel.: 0931/380-1442

E-Mail: bauwesen@reg-ufir.bayern.de

Energetische Sanierungen im Konjunkturpaket II auf der Zielgeraden

Mit der Auswahl von 203 Projekten aus unterfrankenweit 730 Bewerbungen fiel Anfang Mai 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II (KP II) der Startschuss zur Umsetzung der Energetischen Modernisierung von 75 Schulen, 71 Kindertagesstätten sowie 57 kommunalen Verwaltungsgebäuden und Begegnungseinrichtungen in ganz Unterfranken. Bis zum 31.12.2010 mussten alle Maßnahmen begonnen werden. Am Ende des Jahres 2011 waren die Projekte auf der Zielgeraden angekommen und größtenteils fertiggestellt. Bis zum 31.12.2011 konnten die rund 88 Mio. € Fördermittel vollständig ausbezahlt und 203 Verwendungsnachweise abschließend geprüft werden: eine regelrechte Punktlandung!

Im September 2011 machte sich Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer persönlich bei einer Besichtigungstour in den Landkreisen Kitzingen, Haßberge und Bad Kissingen ein Bild von den Fortschritten der Baumaßnahmen. So besuchte er in der Stadt Mainbernheim den Evang.-Luth. Kindergarten, die Sport- und Kulturhalle des Friedrich-Rückert-Gymnasiums in Ebern und das Oerlenbacher Rathaus. Neben den energetischen Fragen stand dabei auch die Bewältigung des demografischen Wandels im ländlichen Raum im Vordergrund, da es doch auch ein wichtiges Ziel des Konjunkturpakets war, Infrastruktureinrichtungen von Gemeinden in strukturschwachen Gebieten besonders zu fördern.

Der Evang.-Luth. Kindergarten in Mainbernheim, der erst als sogenannter Nachrücker zum Zuge kam, und alle anwesenden Akteure konnten die Besucher rasch vom sinnvollen Einsatz der Fördermittel überzeugen. Stadt, Träger, Elternbeirat und Planer verstanden es, die Chancen des Konjunkturpakets durch eine fruchtbare und reibungslose Zusammenarbeit für sich zu nutzen. Neben der gelungenen energetischen Sanierung (Kosten: 312.000 €), entstanden innerhalb des knappen zeitlichen Rahmens zusätzlich mit Hilfe von FAG-Mitteln u.a. eine Kinderkrippe und eine flexible und daher für Erwachsene und Kinder gut nutzbare Küche. Besonders hervorzuheben ist, dass ausgelöst durch die öffentlichen Fördermittel mit Hilfe von privaten Spenden und ehrenamtlicher Mitarbeit der Eltern zusätzlich eine Kletterlandschaft für die „Kleinsten“ und ein multifunktionales Sportgerät für die großen Kinder angeschafft werden konnte.

Beim anschließenden Besuch der modernisierten Sporthalle des Friedrich-Rückert-Gymnasiums in Ebern würdigte der Regierungspräsident das herausragende Engagement des Landkreises Haßberge im schulischen Bereich. Die aus den 70-iger Jahren stammende Halle mit Zuschauerplätzen für 1400 Menschen ist als größter Veranstaltungsort in Ebern nicht nur für den Sport, sondern auch für kulturelle Veranstaltungen von besonderer Bedeutung. Im Zuge der jetzt durchgeführten Generalsanierung wurden energetische Maßnahmen mit Kosten von rund 1,9 Mio. € realisiert, die den Primärenergieverbrauch um bis zu 62,5% senken und damit der Atmosphäre immerhin 310 Tonnen klimaschädliches CO₂ im Jahr ersparen. Das Ergebnis kann sich nicht nur als energetische und funktionale



Foto: Architekt Jürgen Bergmann
Ansicht Sport- und Kulturhalle des Friedrich-Rückert-Gymnasiums in Ebern mit „Kunst am Bau“.

Verbesserung sehen lassen. Der Architekt hat es auch verstanden, durch die notwendig gewordene Neugestaltung der Fassaden dem Bau auch ein modernes und zeitgemäßes Aussehen zu verleihen.

Gerade zur rechten Zeit startete 2009 das Konjunkturpaket II für die Gemeinde Oerlenbach. Schon länger wurde eine Erweiterung mit gleichzeitigem Umbau des fast fünfzig Jahre alten Rathauses erwogen. Jetzt nahm man die energetischen Zuschüsse zum Anlass, die Planung endlich in die Tat umzusetzen und so ein Verwaltungsgebäude zu schaffen, das den heutigen Ansprüchen gerecht wird. Der große Sitzungssaal konnte nun erweitert werden, um auch immer größer werdenden Hochzeitsgesellschaften Platz zu bieten. Neben einem größeren Besprechungsraum fanden im Neubau ein Archiv und Büros Platz. Eine von außen zugängliche Toilettenanlage steht den Besuchern von Veranstaltungen rund ums Rathaus zur Verfügung. Besonders zu erwähnen bleibt, dass die Volksschule Oerlenbach bereits im Januar 2010 als erste KP II - Maßnahme in Unterfranken fertiggestellt werden konnte.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1446

E-Mail: bauwesen@reg-ufv.bayern.de



Foto: Main-Post/Torsten Schleicher
Walter Sattes vom Ingenieurbüro Sattes erläutert die neue Heiztechnik.

Regierung von Unterfranken und IHK Würzburg-Schweinfurt ziehen an einem Strang

Berufliche Bildung – Maßnahmen gegen Fachkräftemangel

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben vielfältige Ursachen und wirken sich auf nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft aus. Die IHK Würzburg-Schweinfurt hatte für das Kalenderjahr 2011 das Jahresthema „Gemeinsam für Fachkräfte – bilden; beschäftigen; integrieren“ ausgewählt und eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, bei denen die Regierung von Unterfranken die IHK gerne mit Beiträgen unterstützte.

Bereits im März 2010 wies Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in seiner Eröffnungsrede anlässlich des Regionalkongresses „Die Bayerische Mittelschule“ in der Hauptschule Gochsheim im Zuge der Weiterentwicklung der Haupt- zur Mittelschule darauf hin, dass „im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel die Notwendigkeit eines gezielten Bildungsangebots immer deutlicher wird, das anschaulich-konkretes Denken und praktische Begabung passgenau fördert.“



Foto: Lukas Kagerbauer, IHK

In seinem Vortrag „Schule – Quelle für das Fachkräfteangebot von Morgen“ bei der IHK Würzburg-Schweinfurt gab der Bereichsleiter Schulen, Gustav Eirich, am 14. März 2011 einen Einblick, welche Anstrengungen seitens der Schulen gegen den drohenden Fachkräftemangel unternommen werden. Das erklärte Ziel ist, alle Schüler bereits ab dem Eintritt in die Grundschule begabungsgerecht zu fördern.

Beim 27. Mainfränkischen Ausbildertag am 05. Oktober 2011 stellte Rektorin Gisela Petzold gemeinsam mit der Ausbildungsleiterin Barbara Gerber beispielhaft die Kooperation zwischen der Frieden-Mittelschule Schweinfurt und der Schäffler Technologies GmbH & Co. KG dar. Ziel des langfristig angelegten Projekts sind gemeinsame Aktionen der Jahrgangsstufen 7-10 mit dem Unternehmen. Auszubildende stellen bei Betriebserkundungen ihren Arbeitsplatz im Bereich Metall- und Elektrotechnik vor und



beantworten Fragen der Schüler. Realitätsnahe Bedingungen erleben sie beim Bearbeiten eines Einstellungstests sowie beim Herstellen einfacher Produkte (z.B. Zettelhalter). Für dieses Projekt erhielt die Frieden-Mittelschule am 14. Juli 2011 als Teilnehmer des bayernweiten Wettbewerbs „Stark für den Beruf“ in der Kategorie „Einzelmaßnahme“ den ersten Preis als bestplatzierte Schule.



Foto: Gisela Petzold

Schüler der Frieden-Mittelschule Schweinfurt bei der Präsentation des Projekts

Bertram Odoj
Roland Endres

Kontakt

Tel.: 0931/380-1376 oder 1303
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Der Wald – ein Schatzhaus der Kultur

Rund 55.000 bekannte Bodendenkmäler gibt es in Bayern, von denen mehrere tausend im Wald liegen. Die ältesten Bodendenkmale im Wald haben 30 Baumgenerationen überlebt und mehr als 100 Menschengenerationen unbeschadet überstanden.

Auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, hatte sich eine Ausstellung mit dem Titel „Denkmal im Wald! Kultur in der Natur“ zum Ziel gesetzt, die vom 06.07.2011 - 29.07.2011 im Foyer des Regierungsgebäudes gezeigt wurde.

Denkmäler sind Symbole der Erinnerung – Orte, an denen Vergangenheit ein Gesicht bekommt. Ob vorgeschichtliche Grabhügel, keltische Viereckschanzen, Burgruinen, Grenzsteine, Wegespuren oder Kohlemeiler – wer die Kultur im Wald entdecken will, muss ihre Spuren lesen können. Diese Denkmäler und damit unsere eigene Geschichte zu erleben, darauf wollte diese Ausstellung Lust machen, die auf eindrucksvollen Tafeln mit zahlreichen Bildern sowie einem Waldmodell die Fülle an Kulturgütern präsentierte, die in malerischen Waldgebieten in allen Regionen Bayerns liegen. Sie wollte aber auch auf Gefahren aufmerksam machen, die diese Denkmäler bedrohen, und zu deren Schutz aufrufen.

des Waldes haben sich viele Denkmäler in der Regel gerade in einer besonderen Qualität erhalten, weil sich dort oft über der Erde sichtbare Geländemerkmale erhalten haben, die aufgrund der intensiven Bodennutzung im Offenland längst eingeebnet worden sind. Aufgrund dieser besseren Erhaltung haben sie oft eine erhöhte Aussagekraft. Auch ist der Wald gerade deshalb ein hochwertiges Bodendenkmalarchiv, weil seit der Steinzeit viele menschliche Aktivitäten fast oder ganz ausschließlich in den damals oder auch heute bewaldeten Höhenlagen stattgefunden haben. Die hohe Zahl der Besucher gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Ausstellung ihr Ziel erreichte und viele Menschen für die Bodendenkmäler des Spessarts, der Rhön, des Steigerwaldes sowie des Gramschatzer Waldes in unserer Region interessiert hat.

Peter Ditzel
Lydia Neubert



Die Ausstellung war ein Gemeinschaftsprojekt des Vereins für Nachhaltigkeit (gleichzeitig Initiator der Ausstellung), des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege und des Zentrums Wald Forst Holz Weihenstephan. Der Verein für Nachhaltigkeit setzt sich für langfristiges Denken, wertebasiertes Handeln und zukunftsfähige Innovation ein. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege ist die Fachbehörde für den Erhalt allen historischen Kulturgutes in Bayern. Das Zentrum Wald Forst Holz Weihenstephan bündelt die forstwissenschaftliche Ausbildung und Forschung in Bayern.



Im vertieften Gespräch: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Dr. Adolf Bauer (Stadt Würzburg) und Dr. Walter Iringer vom Landesamt für Denkmalpflege am Waldmodell.

Mit ihr sollte aber vor allen Dingen der Blick des Menschen auf den Wald als ein Schatzhaus der Kultur geöffnet werden: ein Kulturspeicher, in dem sich Fundstellen mit Zeugnissen menschlichen Lebens, Wohnens, Arbeitens und Sterbens sowie Fundstellen mit älteren Zeugnissen des tierischen und pflanzlichen Lebens finden. Im Schutz



Kontakt

Tel.: 0931/380-1542 oder 1152
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Weitere Hintergrundinfos und Kontakte im Internet findet man unter:

- Verein für Nachhaltigkeit e.V.: www.nachhaltigkeit-ev.de
- Bayer. Landesamt für Denkmalpflege: www.blfd.bayern.de
- Zentrum Wald Forst Holz Weihenstephan: www.forstzentrum.de

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit

Unter dem Motto „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit“ startete der 58. Europäische Wettbewerb 2011 mit Beginn des Schuljahres 2010/11. Schülerinnen und Schüler aller Schularten und Altersstufen waren aufgerufen, neue Ideen für unsere europäische Zukunft zu finden und diese als Einzel- oder Gruppenarbeiten bildnerisch, schriftlich oder medial zum Ausdruck zu bringen.



Als ältester deutscher Schulwettbewerb unterstützt er Schulen in der Erfüllung des europäischen Bildungsauftrages, indem er aktuelle Themen aufgreift wie beispielsweise „Freiwillige Hilfe im Alltag“, „Kinder- und Jugendparlament“ oder den Europäischen Freiwilligendienst. Das bürgerschaftliche Engagement wird in der Politik als entscheidendes Kriterium für eine zukunftsfähige Gesellschaft gewürdigt. Allein in Bayern sind 36% der Bevölkerung (3,8 Mio. Menschen) ab 14 Jahren freiwillig engagiert, in ländlichen Gebieten sind es sogar 49%!



Eine lebenswerte Umwelt – Anna Schreiner und Elena Weidner, Kl. 9, St. Ursula-Schule Würzburg.

Die Leistungen und Ideen der unterfränkischen Wettbewerbsteilnehmer konnten sich auch in diesem Jahr sprichwörtlich sehen und hören lassen. Die Ehrung der unterfränkischen Landessieger fand am 14. Juli 2011 im Frobenius-Gymnasium Hammelburg in Anwesenheit



v.l.n.r.: Edgar Schuck, Schulbeauftragter für den Europäischen Wettbewerb der Europa-Union Unterfranken, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Dr. Adolf Bauer, Bürgermeister der Stadt Würzburg, bei der Ausstellung im Foyer.

zahlreicher Ehrengäste im Rahmen eines Festaktes mit anschließender Ausstellung in den Räumen des Gymnasiums statt. In Unterfranken wurden 184 Arbeiten der Landessiegerinnen und Landessieger aus 24 unterfränkischen Schulen prämiert. Etwa 65 Arbeiten wurden andernorts zusätzlich als Bundessieger ausgezeichnet.

Zum 8. Mal nahm die Regierung von Unterfranken zusammen mit dem Bezirk Unterfranken und dem Bezirksverband der Europa-Union unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel die Ehrung der Landessieger im Europäischen Wettbewerb vor, der unter der Trägerschaft des Zentrums für Europäische Bildung – Europäische Bewegung Deutschland, Bonn, steht. Organisatorisch und finanziell unterstützt wird die Veranstaltung alljährlich durch den Bezirksverband der Europa-Union und durch den Bezirk Unterfranken. Beratend wirken die Ministerialbeauftragten für die Realschulen und Gymnasien für den Regierungsbezirk Unterfranken mit.

Mit einer feierlichen Ausstellungseröffnung im Herbst 2011 wurde die 27. Ausstellung der unterfränkischen Siegerarbeiten im Foyer der Regierung von Unterfranken einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Sowohl in Hammelburg als auch im Foyer der Regierung von Unterfranken nahmen einzelne Schülerinnen und Schüler gerne die Gelegenheit wahr, ihre Arbeiten persönlich vorzustellen.

Der 59. Europäische Wettbewerb 2012 ist bereits mit einem neuen aktuellen Thema angelaufen: „Europa – meine – deine – unsere Zukunft ~ 2012 – Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“. Wir freuen uns auf die Ideen der unterfränkischen Schülerinnen und Schüler!

Doris Grimm

Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: schulen@reg-uftr.bayern.de



„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen ...“ (Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention).

Am 26. März 2009 ratifizierte die Bundesrepublik Deutschland die Behindertenrechts-Konvention der Vereinten Nationen. Auch wenn diese Konvention einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch erhebt, so stellt ihre Umsetzung gerade im Bereich der Schulen eine ganz besondere Herausforderung dar.

Dem bayerischen Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, damals gleichzeitig Vorsitzender der Kultusministerkonferenz, war es nach der Ratifizierung der Konvention ein besonderes Anliegen, die Behindertenrechts-Konvention im schulischen Bereich in Bayern möglichst rasch umzusetzen.

Nach intensiven Beratungen verabschiedete der Bayerische Landtag am 13. Juli 2011 einstimmig einen von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe aller Parteien erarbeiteten Gesetzentwurf und legte damit den Rahmen für die schulische Inklusion fest. Dazu heißt es im Gesetz unter anderem: „Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.“ Die Entscheidung, ob ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer Regelschule oder an einer Förderschule unterrichtet werden soll, obliegt künftig grundsätzlich den Erziehungsberechtigten.



Foto: Gudrun Dausacker

Inklusiver Unterricht an der Grundschule Thüningersheim

Formen des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf sind die inklusive Beschulung einzelner Schüler in Klassen der Regelschule, die Einrichtung von Kooperations- und Partnerklassen sowie offene Klassen der Förderschule. Derzeit gibt es in Unterfranken 24 Partnerklassen und 71 Kooperationsklassen.

Neu geschaffen wurde die Möglichkeit für Schulen, mit Zustimmung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde und der beteiligten

Schulaufwandsträger das Schulprofil „Inklusion“ zu entwickeln. Unterrichtsformen und Schulleben sowie Lernen und Erziehung sind in diesen Schulen auf die Vielfalt der Schülerinnen und



Foto: Hans-Jürgen Dietrich

Schulbeginn an der Grundschule Thüningersheim

Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf auszurichten.

In Unterfranken sind folgende fünf Schulen, an denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, mit dem neuen Schulprofil „Inklusion“ in das Schuljahr 2011/12 gestartet:

- Grundschule Arnstein
- Grundschule Buchbrunn
- Grundschule Kitzingen-Siedlung
- Grundschule Thüningersheim
- Grundschule Würzburg-Heuchelhof

Für Schülerinnen und Schüler mit sehr hohem sonderpädagogischen Förderbedarf können an Schulen mit dem Schulprofil „Inklusion“ Klassen gebildet werden, in denen sie im gemeinsamen Unterricht durch eine Lehrkraft der allgemeinen Schule und eine Lehrkraft für Sonderpädagogik unterrichtet werden. Zwei solcher Klassen mit festem Lehrertandem sind in diesem Schuljahr an der Grundschule Würzburg-Heuchelhof eingerichtet.

Günter Renner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1308

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Kooperation von Berufs- und Mittelschule im sog. „Schweinfurter Modell“

Diese besonders enge und effektive Form der Zusammenarbeit von Mittelschule und Berufsschule wird seit zwei Jahren in Schweinfurt praktiziert – und setzt ihre Erfolgsgeschichte nun auch in Aschaffenburg fort. Die Kooperation der Friedensschule und der Berufsschule I ermöglicht es Schülerinnen und Schülern in Schweinfurt, ihren qualifizierenden Hauptschulabschluss nachzuholen und sich gleichzeitig für einen Ausbildungsplatz zu empfehlen.

Kern des „Schweinfurter Modells“ ist es, dass das bisher an der Berufsschule angesiedelte Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und die bislang an der Mittelschule geführte Wiederholerklassen 9, jetzt Berufsorientierungsjahr (BOJ) genannt, an der Berufsschule I parallel geführt werden, wobei in beiden Klassen dieselben Lehrkräfte unterrichten.



Foto: Kobosil

Die Schülerinnen und Schüler des BOJ haben dabei nicht nur die Möglichkeit, den erfolgreichen Hauptschulabschluss oder den Qualifizierenden Abschluss nachzuholen, sondern können dabei auch berufliche Erfahrungen sammeln und ihre Berufsschulpflicht erfüllen. Die Schüler des BVJ können sich durch den Unterricht des Mittelschullehrers gezielt auf die Externenprüfung für den Qualifizierenden Abschluss an den Mittelschulen vorbereiten. Dabei unterrichtet ein Mittelschullehrer an der Berufsschule und ein Berufsschullehrer unterrichtet Mittelschüler. Mit dieser Tandemlösung verfolgt das Ministerium einerseits das Ziel, die



Foto: Kobosil

Die Fotos von Herrn Kobosil, Lehrkraft der Berufsorientierungsklasse der Friedensschule in Schweinfurt, zeigen Schüler während der Fachpraxis.

Ausbildungs- bzw. Berufsreife sowie die Persönlichkeitsentwicklung der teilnehmenden Mittelschüler zu stärken und andererseits die Option der teilnehmenden Jugendlichen auf das Erreichen eines anerkannten Schulabschlusses und eines Ausbildungsverhältnisses deutlich zu verbessern.

Die Ergebnisse des Kooperationsmodells können sich sehen lassen. Fast alle Schüler in Schweinfurt konnten den qualifizierenden Hauptschulabschluss nachholen und einen Ausbildungsplatz finden.

Dies deckt sich mit den bayernweiten Ergebnissen der Berufsorientierungsklassen. Über 90% der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in Bayern konnten am Schuljahresende 2010/11 den erfolgreichen Hauptschulabschluss nachweisen, über 50% sogar den qualifizierenden Schulabschluss. Rund 72% der Schülerinnen und Schüler ist es gelungen, in den Berufsorientierungsklassen einen schulischen oder beruflichen Anschluss zu finden.

In Unterfranken wurde das Erfolgsmodell in einer Kooperation zwischen der Berufsschule I Aschaffenburg und der Mittelschule Hösbach zum Schuljahr 2011/12 ausgeweitet.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1359 oder 1305

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Margit Holzgartner
Norbert Komder

Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön konnte im August 2011 sein 20jähriges Bestehen feiern. Viele Veranstaltungen lockten aus diesem Grund zahlreiche Besucherinnen und Besucher in die Rhön. Den Anfang machte eine Regionalkonferenz in Gersfeld, auf der rund 300 geladene Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Entwicklung des Biosphärenreservates in den nächsten zehn Jahren diskutierten. Grußworte überbrachten Hessens Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Lucia Puttrich, Thüringens Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Jürgen Reinholz, der damalige Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, Wolfgang Lazik, sowie Dr. Frauke Druckrey vom deutschen MAB-Nationalkomitee. Ministerialdirektor Wolfgang Lazik brachte zum Ausdruck, dass sich die Zukunft des Biosphärenreservats Rhön durchaus optimistisch gestalten lässt: „Das Kernzonendefizit werden wir abarbeiten, auch wenn es eine Herkulesaufgabe ist“, sagte er. Jedes deutsche Biosphärenreservat muss mind. 3% Kernzone, d. h. Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung, also zukünftigen Urwald, ausweisen. Dr. Frauke Druckrey machte deutlich, dass „an den drei Prozent Mindestfläche nicht zu rütteln“ sei.

Auf den schleichenden Nutzungswandel innerhalb der Agrarstruktur der Rhön machte Prof. Eckhard Jedicke aus Bad Arolsen aufmerksam. Die Erhaltung der Landschaft, sagte Jedicke, sei ein wichtiger Faktor gerade für den Tourismus und die Regionalentwicklung. Durchaus noch Optimierungsbedarf in Sachen Rhön-Tourismus sah Dieter Popp, Geschäftsführer der Beratungsagentur „Futour“. Michael Diestel vom Bayerischen Bauernverband Rhön-Grabfeld stellte die zahlreichen Energieprojekte in der bayerischen Rhön vor, die alle auf der Grundlage eines Netzes von Genossenschaften funktionieren.



Als ein Kind der deutschen Wiedervereinigung wurde die Rhön am 19. April 1991 durch die UNESCO als Biosphärenreservat geadelt. Am 25. September 1991 fand die feierliche Überreichung der UNESCO-Urkunde im Beisein des damaligen Bundesumweltministers Prof. Dr. Klaus Töpfer und der drei Umweltminister der Länder Bayern, Hessen und Thüringen in Kaltensundheim statt.

Gemeinsam mit den drei Referenten standen hier die drei anwesenden Rhön-Landräte Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), Bernd Woide (Landkreis Fulda) sowie Reinhard Krebs (Wartburgkreis) als Ansprechpartner in der anschließenden Diskussion zur Verfügung.

Zu einem Jubiläum gehören nicht nur Diskussionen und Grußworte. Deshalb gab es am Samstag, den 27.08.2011, in Gersfeld einen „Markt der Rhöner Ideen“, gewissermaßen eine Regionalschau, und am darauffolgenden Sonntag einen „Markt der Rhöner Genüsse“.

Mehr als 80 Aussteller präsentierten sich, ihre Produkte und Dienstleistungen beim „Markt der Rhöner Ideen“. Beim „Markt der Rhöner Genüsse“ setzten sich die Ideen aus dem Biosphärenreservat Rhön sozusagen fort: Von Honig über Bier bis zur Lamm- und Ziegenwurst gab es für den Gaumen an mehr als 45 Ständen vieles zu entdecken. Die Hälfte der Unternehmen, die sich auf dem „Markt der Rhöner Genüsse“ präsentierten, waren Partnerunternehmen der Dachmarke Rhön.

Michael Geier



Verkostung von Rhöner Streuobstspezialitäten am Stand der Kelterei Elm.



Ein Birkhahn, Symboltier der Hochrhön, fand bei der Jugend großes Interesse.



Zur Diskussion stand ein Perspektivenpapier für das Biosphärenreservat Rhön für die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Natur und Umwelt, Land- und Forstwirtschaft, erneuerbare Energien und Klimaschutz sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung. Gewissermaßen als Einstimmung darauf gab es drei verschiedene Vorträge, die Teile der Themenschwerpunkte beleuchteten.

Fotos: Carsten Kallenbach

v.r.n.l.: Die 3 Verwaltungsstellenleiter Torsten Raab (Hessen), Michael Geier (Bayern) und Karl-Friedrich Abe (Thüringen) üben sich in altem Rhöner Handwerk – Drechseln.

Gelungener Start des LIFE-Projekts „Steigerwaldrand bei Iphofen“

Im ersten Jahr des LIFE-Projekts „Wälder und Waldwiesen am Steigerwaldrand bei Iphofen“ konnte die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen begonnen bzw. durchgeführt werden, darunter die Reaktivierung der ehemaligen Hutungsfläche bei Hellmitzheim durch die Beweidung mit alten Nutztierassen.



Entliehen das „Fränkische Gelbvieh“, eine selten gewordene Nutztierasse, auf den neuen Koppelabschnitt (von links): Landtagsabgeordneter Dr. Otto Hünnerkopf, Landrätin Tamara Bischof, ehemaliger Umweltminister und jetziger Finanzminister Dr. Markus Söder, Iphofens Bürgermeister Josef Mend und Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke.

Den Förderbescheid für das LIFE-Projekt in Höhe von rund 1,2 Mio. € übergab der damalige Umweltminister und jetziger Finanzminister Dr. Markus Söder im Sommer bei seinem Besuch des über 3.000 ha großen Projektgebietes im Raum Iphofen und Markt Einersheim. Mit der Lage am für die Natur so wertvollen Steigerwaldrand eröffnen sich viele Möglichkeiten für die Natur und die Region. Besonders für Schmetterlinge wie den gefährdeten „Kleinen Maivogel“ ist das Gebiet von herausragender Bedeutung. Zahlreiche Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Mittelwaldnutzung und die Errichtung eines „Mittelwaldzentrums“, die Renaturierung eines Baches für die Bachmuschel oder die Optimierung von Kalktuffquellen sollen in dem fünf Jahre dauernden Projektzeitraum umgesetzt werden. Am geplanten Mittelwald-Informationszentrum sollen Veranstaltungen und Umweltbildungsangebote, zum Beispiel Exkursionen für interessierte Besucher, angeboten werden.

Gespannt wurde die Freilassung der Rinder auf den neuen Koppelabschnitt erwartet. Über das LIFE-Projekt wurden vier Mutterkühe und ein Bulle der Rasse „Fränkisches Gelbvieh“ angeschafft. Die Mutterkühe hatten nach dem Ankauf bereits im Stall abgekalbt und konnten danach zusammen mit den Kälbern auf den ersten Teil der wieder in Stand gesetzten Hutungsfläche bei Hellmitzheim entlassen werden.

Das fränkische Gelbvieh ist eine bedrohte regionale Rinderrasse. Es wurde als Drei-Nutzungs-rind (Arbeit auf dem Feld, Milch, Fleisch) eingesetzt. Heute liegen die Schwerpunkte entweder auf der Milch- oder der Fleischproduktion, für die es speziell gezüchtete Rassen gibt. Obwohl die Bedeutung der Milchviehhaltung in letzter Zeit stark abgenommen hat, ist das Gelbvieh in der Mutterkuhhaltung wieder gefragt. Friedfertigkeit, Leichtkalbigkeit, sehr harte Klauen und eine sehr gute Fleischqualität zeichnen es aus. Das fränkische Gelbvieh war ursprünglich im Raum Würzburg beheimatet.

Das LIFE-Natur-Projekt „Steigerwaldrand bei Iphofen“ ist das 21. LIFE-Natur-Projekt in Bayern und das 5. in Unterfranken. Mit dem LIFE-Programm (L' Instrument Financier pour l' Environnement) fördert die EU seit 1992 Maßnahmen im Umweltbereich.

Damit werden nicht nur die Ziele von Natura 2000 umgesetzt, sondern auch die der bayerischen Biodiversitätsstrategie, bei der die Sicherung der Arten- und Sortenvielfalt eine wichtige Rolle spielt. Auch die genetische Vielfalt von Nutztierassen und Nutzpflanzensorten hat abgenommen: mittlerweile gelten 55% der weltweit 5.639 erfassten Nutztierassen als vom Aussterben bedroht. Mit dem Verlust der Vielfalt



Der Hirschkäfer ist Insekt des Jahres 2012. Hirschkäferbruthaufen wie hier im LIFE-Projekt „Hang- und Schluchtwälder im oberen Donautal“ sollen auch in den Wäldern rund um Iphofen entstehen.

an Kulturpflanzen und Nutztierassen verarmen die historisch gewachsenen Kulturlandschaften, und es geht ein für die Züchtung wichtiges genetisches Potenzial verloren, erklärte das bayerische Umweltministerium 2008 in der „Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Bayern“.

Karin Hieke
Marcus Wessels



Unter <http://www.life-steigerwald.eu/> erhalten Sie weitere Informationen zum Projekt. Zudem ist ein Projektflyer verfügbar.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1166 oder 1165
E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de



10 Jahre Aktion Grundwasserschutz

Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises, spricht auf dem 7. Wasserforum Unterfranken

Ein bunt gemischtes Publikum von etwa 300 Gästen – darunter Kommunalpolitiker, Behördenmitarbeiter, Umweltaktivisten, Schüler und Studenten – war am Abend des 27. Juni 2011 in die Neubaukirche in Würzburg gekommen: Zum 10-jährigen Bestehen der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ fand das alljährliche Wasserforum Unterfranken als öffentliche Veranstaltung mit Dr. Vandana Shiva als einer besonderen Gastrednerin statt. Dr. Shiva ist eine indische Physikerin, Umweltschützerin, Bürgerrechtlerin und zugleich Trägerin des alternativen Nobelpreises 1993.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer mit einem Vortrag zum Thema „Grundwasserschutz – Basis für eine nachhaltige Entwicklung Unterfrankens“. Darin stellte er die Wassersituation in Unterfranken und die Projekte der Aktion Grundwasserschutz dar: Teile von Unterfranken gehören zu den trockensten Regionen Bayerns. Aufgrund der Struktur des Untergrundes sind die Grundwasservorräte oft gering und ungenügend vor dem Eintrag von Schadstoffen geschützt. Daher engagiert sich die Regierung von Unterfranken seit 2001 mit der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ dafür, das Bewusstsein für den sorgsamen Umgang mit Wasser zu erhöhen, die Eigenverantwortung bei allen Bürgerinnen und Bürgern zu wecken und letztendlich zu einer nachhaltigen Entwicklung in Unterfranken beizutragen. Dr. Beinhofer öffnete den Blick jedoch auch auf die weltweite Wassersituation: „Letztlich sind wir alle Teil des weltweiten Wasserkreislaufs“. Jeder von uns beeinflusst durch sein Einkaufsverhalten die Wassersituation in anderen Ländern der Erde – viele der Produkte, die wir täglich nutzen, werden in wasserarmen Ländern hergestellt.

„Wasser im globalen Zusammenhang“ war dann auch das Thema von Dr. Vandana Shiva, die herzlich zu 10 Jahren Aktion Grundwasserschutz in Unterfranken gratulierte. In ihrer immer wieder von stürmischem Applaus unterbrochenen Rede erzählte sie sehr persönlich von ihrem langen Kampf gegen die Übernutzung von Grundwasservorkommen durch Großkonzerne und industrialisierte Landwirtschaft, für sauberes Grundwasser, die Erhaltung der Biodiversität und das Überleben von Kleinbauern in ihrer Heimat Indien und in anderen Teilen der Welt. Wie ihre Vorredner trat sie für eine Bewahrung von lokalen Strukturen der Wasserversorgung und gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung ein. Ihre Überzeugung: „Wasser ist keine Ware, es muss als heiliges Gut respektiert und nachhaltig bewirtschaftet werden.“

Dr. Anne-Kathrin Jackel

Kontakt

Tel.: 0931/380-1379

E-Mail: wasser@reg-ufr.bayern.de



Foto: Daniel Peter

„Nachhaltige Entwicklung heißt, unseren Kindern eine lebenswerte und gesicherte Zukunft zu schaffen. Der Schutz des Grundwassers und der Gewässer ist dazu eine unabdingbare Grundlage – das gilt in Indien genauso wie in Unterfranken“ so das Fazit der drei Redner: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Dr. Vandana Shiva und Ministerialdirigent Dr. Martin Grambow (v.l.n.r.).

Weitere Informationen zur Aktion Grundwasserschutz erhalten Sie unter www.aktiongrundwasserschutz.de.



Gewässergüte des Mains

Gutes ökologisches Potential

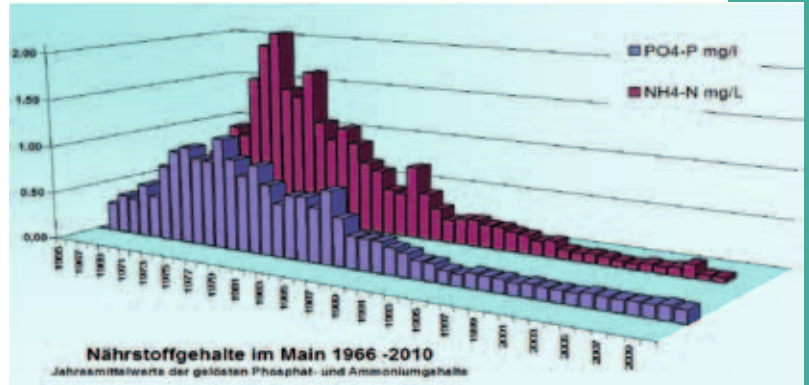
Seit dem Jahr 2000 sind für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verbindlich eingeführt, die zum 22.12.2003 in nationales Recht umgesetzt wurde. Nach dieser Richtlinie sollen bis 2015 alle Gewässer den guten Zustand bzw. das gute ökologische Potential erreichen. Dieses Ziel gilt sowohl für die Oberflächengewässer als auch das Grundwasser. Voraussetzung hierfür sind intakte strukturreiche Lebensräume an und in den Gewässern, ein verantwortungsvoller Umgang mit Wasserentnahmen und -einleitungen sowie fallweise eine Reduzierung von Stoffeinträgen aus menschlichen Tätigkeiten.

Mit der Aufstellung der Bewirtschaftungspläne nach der WRRL endete die Tradition, die organische Belastung der Gewässer in farbigen Gütekarten darzustellen. Diese wurden durch Karten ersetzt, die ökologische Zustandsklassen aufzeigen.

Ein kleiner historischer Rückblick soll die bisherigen Bemühungen und deren Wirkungen aufzeigen:

1950 war der Main unterhalb von Würzburg, Kitzingen und Schweinfurt noch erheblich mit Abwässern belastet. Eine zentrale Abwasserreinigung gab es noch nicht. Nur ca. 1% der unterfränkischen Haushalte war an mechanische Kläranlagen angeschlossen. Im Bereich der Stadt Aschaffenburg verursachten starke Abwässer eine übermäßige Verschmutzung (Abwasserpilztreiben und Faulgasentwicklungen) des Mains.

Bis etwa 1962 wurden nach Kriegsende Kanalnetze und Trinkwasserleitungen gebaut und erweitert. Der Wasserbedarf und die Abwassermengen stiegen. Indessen nutzten ca. 16% der Bevölkerung mechanische Kläranlagen, deren Anzahl mittlerweile auf 32 gestiegen war. Auch der industrielle Aufschwung brachte Verschlechterungen der Mainwasserqualität bis hin zur Güteklasse III-IV, die durch Sauerstoffmangel und häufiges Fischsterben geprägt war. Durch die Zufuhr steigender chemischer Substanzen kam es zu einem rapiden Artenrückgang. Damals war noch unklar, ob dieser Vorgang jemals reversibel sein würde.



Bis **1976** konnte durch den Bau biologischer Klärstufen in Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt und Nürnberg ein „Rückgang“ der Gewässer-Güteklasse IV verzeichnet werden. Die Metallindustrie baute verstärkt Entgiftungsanlagen. Im Jahre **1980** lag durchwegs mit Güteklasse II-III noch eine kritische Belastung vor. Durch den Einsatz von Mineraldüngern in der Landwirtschaft stieg die Phosphor- und Stickstoffbelastung an. Algenmassenentwicklungen waren die Folge.

Eine verbesserte Niederschlagswasserbehandlung, der Bau moderner biologischer Großkläranlagen (Kitzingen, Ochsenfurt, Aschaffenburg) sowie das Verbot phosphathaltiger Waschmittel bewirkte bis **1989** eine nachhaltige Verbesserung mit einer streckenweise „mäßigen“ Gewässergüteklasse II. Dieser Prozess setzte sich bis **2006** im gesamten Main fort. 93% der unterfränkischen Haushalte nutzten nun Kläranlagen. Die Investitionskosten beliefen sich seit 1950 bis jetzt auf ca. 153 Mio. €. Die Artenvielfalt der Wassertiere hat sich seitdem nahezu verdreifacht. Der Gehalt an gelösten organischen Verbindungen hat sich bis heute um 75%, die Ammonium- und Phosphorbelastung um mehr als 70% reduziert (siehe Abbildung).

Die bakterielle Verkeimung ist um eine Zehnerpotenz und die Schwermetallgehalte sind unter die Nachweisgrenzen gesunken. Selbst die Algenentwicklungen gingen bis heute Schritt um Schritt deutlich zurück. Zeitweilig hat der Main jetzt Sichttiefen bis 3,5 Meter. Aufgrund der geringen Belastung besitzt er heute eine sehr stabile und gesunde Biologie, die auch Stresssituationen aushält – so z.B. Wassertemperaturen über 29 Grad im Sommer 2003.

Nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie hat der Main bezüglich der organischen Belastung heute sein „gutes ökologisches Potential“ erreicht. Darüber hinaus sind jedoch noch deutliche strukturelle Defizite und eine durchgehend mangelhafte Durchgängigkeit vorhanden, die es Zug um Zug zu verbessern gilt.

Güteklassen der unterfränkischen Fließgewässer

- I: unbelastet
- I-II: gering belastet
- II: mäßig belastet
- II-III: kritisch belastet
- III: stark verschmutzt
- III-IV: sehr stark verschmutzt
- IV: übermäßig verschmutzt



Mainufer bei Kitzingen

Dr. Wolf-Dieter Schmidt

Kontakt

Tel.: 0931/380-1368

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Lärmaktionsplanung an Haupteisenbahnstrecken

Umgebungs­lärm wird als eines der größten Umweltprobleme in Europa angesehen. Erklärtes Ziel der Gemeinschaftspolitik der EU ist daher die Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus. Aus diesen Gründen hat am 25. Juni 2002 das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungs­lärm erlassen: umgesetzt in nationales Recht durch den 6. Teil des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Die Regelungen gelten auch für bestehende, unveränderte Verkehrswege. Für den Bau und die wesentliche Änderung von Verkehrswegen hatte die Bundesregierung schon 1990 die Verkehrslärm-schutzverordnung erlassen.

Nach Artikel 8 a Absatz 2 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes hat die Regierung von Unterfranken jeweils mit Beteiligung der betroffenen Kommune basierend auf den Ergebnissen der Lärmkartierung einen eventuell erforderlichen Lärmaktionsplan an den Haupteisenbahnstrecken gemäß § 47 d Absatz 1 BImSchG zu erstellen. Die Kartierung der Eisenbahnstrecken laut § 47 c BImSchG wurde vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) durchgeführt. Die Kartierungsergebnisse wurden separat für den Zeitraum L_{DEN} (24 Stunden) und L_{Night} (Nachtzeit von 22 Uhr - 6 Uhr) in Form von Karten her-

Treuchtlingen – Würzburg Hbf.“, „5910 Würzburg – Nürnberg“ im Regierungsbezirk Unterfranken in 31 Kommunen mehr als fünfzig Einwohner von Lärmimmissionen mit Pegeln L_{DEN} größer als 70 dB(A) und L_{Night} größer als 60 dB(A) betroffen. Ziel der Lärmaktionsplanung ist eine Verbesserung der Lärmsituation. Der Lärmaktionsplan ist ein verwaltungsinternes Handlungskonzept, das nur die beteiligten Behörden bindet und zu möglichst wirksamen Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung beitragen soll.

Von schalltechnischer Relevanz sind typischerweise die Güterzugfahrten zur Nachtzeit. Als Maßnahmen zur Verbesserung der Lärmsituation sind in den Entwürfen der Lärmaktionspläne im Wesentlichen bauliche Schallschutzmaßnahmen und ein passiver Schallschutz vorgesehen.

Im Regierungsbezirk Unterfranken ergab sich Ende 2011 folgender Sachstand zur Lärmaktionsplanung: Die nach § 47 d Absatz 3 BImSchG erforderliche formale Öffentlichkeitsbeteiligung ist für die Gemeinden Laufach und Heigenbrücken, für den Markt Goldbach und die Stadt Ochsenfurt abgeschlossen. Die Anregungen und Vorschläge zu dem jeweiligen Planentwurf befinden sich in der Würdigung und Prüfphase. Für die Gemeinden Veitshöchheim, Rottendorf, Wiesthal, Partenstein, den Markt Hösbach und die Stadt Gemünden am Main ist die Öffentlichkeitsbeteiligung eingeleitet worden. Im Falle der übrigen Kommunen befindet sich die Lärmaktionsplanung in der Abstimmungsphase vor der formalen Öffentlichkeitsbeteiligung bzw. in der Prüfungsphase, ob eine Lärmaktionsplanung erforderlich ist: Dies betrifft insgesamt folgende Kommunen: Aschaffenburg, Mainaschaff, Kleinostheim, Karlstein am Main, Kahl am Main, Lohr am Main, Karlstadt, Himmelstadt, Zellingen, Thüngersheim, Würzburg, Winterhausen, Marktbreit, Obernbreit, Martinsheim, Dettelbach, Mainstockheim, Kitzingen, Mainbernheim, Iphofen und Sailauf.

Im Sinne einer langfristigen Strategie ist zu hoffen, dass neben den sogenannten innovativen Schallschutzmaßnahmen an den Schienen (Schienenabsorber, Unterschottermatten, Kleinstlärmschutzwände) auch Lärmschutzmaßnahmen an Güterzügen (Kunststoffbremsen mit K- oder LL-Sohle – Flüsterbremsen –, Radabsorber, lärmarme Drehgestelle) und höhere Trassenpreise für laute Güterwagen zu einer Verringerung des Bahnlärms führen.

Ein „lauter“ Güterzug auf der Verkehrsachse Maintal bei Zellingen – Haupteisenbahnstrecke an der B 27.

ausgegeben, auf denen die Lärmimmissionen durch sogenannte Isophonenbänder (Bereiche mit gleichen Schallpegeln) farblich dargestellt sind. Daneben wird die Zahl der betroffenen Personen, Wohnungen und Flächen tabellarisch aufgeführt.

Nach den Kartierungsergebnissen des EBA sind im Verlauf der Haupteisenbahnstrecken „5200 Aschaffenburg – Würzburg“, „5321

Kontakt

Tel.: 0931/380-1271

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de



Mitarbeiter der Pflegeberufe sind hohen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Wussten Sie, dass die Hälfte aller Pflegekräfte



Foto: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

in Deutschland an Rückenbeschwerden leidet oder eine Pflegekraft durchschnittlich nur sieben Jahre im Beruf arbeitet?

Darum haben das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken, die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) und der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) rund 40 Führungskräfte und Unternehmer aus der regionalen Pflegebranche in Würzburg in einer gemeinsamen Veranstaltung über den Arbeitsschutz informiert.



Foto: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Der Pflegebranche wurden Lösungen und Hilfen angeboten, um Muskel-Skelett-Erkrankungen zu vermeiden, psychische Belastungen zu reduzieren und einen systematischen Arbeits- und Gesundheitsschutz in ihren Einrichtungen einbinden zu können. Ausführlich vorgestellt und diskutiert wurden unter anderem Techniken zum Lagern und Positionieren von Pflegebedürftigen, bei deren Anwendung Pflegekräfte die Belastungen ihrer Lendenwirbelsäule verringern können. Zu den psychischen Belastungen wurde dargelegt, welche Faktoren in diesem Zusammenhang „krank machen“ können und welche Maßnahmen und persönlichen Ressourcen dazu beitragen, Pflegekräfte gesund zu erhalten. Denn nur Unternehmen mit motivierten und leistungsfähigen Pflegekräften können die Herausforderungen des Marktes besser bewältigen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft erhalten. Eine gelebte Präventionskultur ist ein echtes Unternehmensplus: Sie steigert nicht nur die Attraktivität als Arbeitgeber, sondern ist ein wichtiges Kriterium für Pflegebedürftige und deren Angehörige bei der Auswahl der Dienstleistung Pflege.

Wer diesen Termin nicht wahrnehmen konnte, kann seine Pflegeeinrichtung selbst online prüfen: Mit Hilfe einer interaktiven Selbstbewertung kann man schnell und einfach die individuelle Situation des eigenen Betriebs überprüfen und so Risiken und mögliche Mängel in punkto Arbeitsschutz identifizieren. Unmittelbar danach erhält man gezielt Unterstützungsangebote – direkt auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten.

Noch nie war es so einfach die Gesundheitskompetenz und Präventionskultur zu fördern wie mit dem neuen Online-Selbstbewertungsinstrument (www.gesund-pflegen-online.de).

Rudolf Lemmich



v.l.n.r.: Lars Morgenbrod (GUV), Dr. Günther Gaag (Regierung von Unterfranken – Gewerbeaufsichtsamt) und Dr. Uwe Kirsch (BGW).

Kontakt

Tel.: 0931/380-1841

E-Mail: dezernat3a@reg-ufr.bayern.de





Die Laserstrahlung hat sich im Laufe der letzten Jahre in zahlreichen Anwendungen etabliert. Zu Hause verrichten Lasergeräte unbemerkt im DVD-Player ihre Arbeit, während sie in der industriellen Produktion dicke Stahlplatten durchschneiden, ganz abgesehen von den zahlreichen medizinischen Anwendungen.

Von dem auf besondere Weise gebündelten, energiereichen Licht können nicht unerhebliche Gefahren ausgehen. In Folge dessen wurden spezielle Sicherheitsvorschriften erlassen.

Bei einer besonders beliebten Anwendung, dem Laserpointer als Zeigergerät für Präsentationen, darf

beispielsweise die Ausgangsleistung nicht mehr als 1 Milliwatt betragen. Untersuchungen haben ergeben, dass dann der Lidschlussreflex des menschlichen Auges im Allgemeinen ausreicht, um das Sinnesorgan vor Verletzungen zu schützen.

Zusätzlich muss durch geeignete Warnhinweise und Begleitinformationen auf die prinzipiellen Gefahren hingewiesen werden, denn auch die so begrenzte Strahlungsleistung birgt noch Restrisiken.

Die europäischen Hersteller und Importeure halten sich weitestgehend an diese Vorgaben. Hier tragen nicht zuletzt auch die bisherigen Aktionen der Marktaufsichtsbehörden wie der bayerischen Gewerbeaufsicht Früchte. Ein neues Problemfeld ist jedoch erwachsen: Zunehmende Internet-Direktbestellungen durch Privatpersonen beim Versandhandel außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes, insbesondere in Fernost.

Durch diese Vorgehensweise werden Qualitätsvorgaben und Eingangskontrollen der hiesigen Wirtschaftsakteure umgangen.

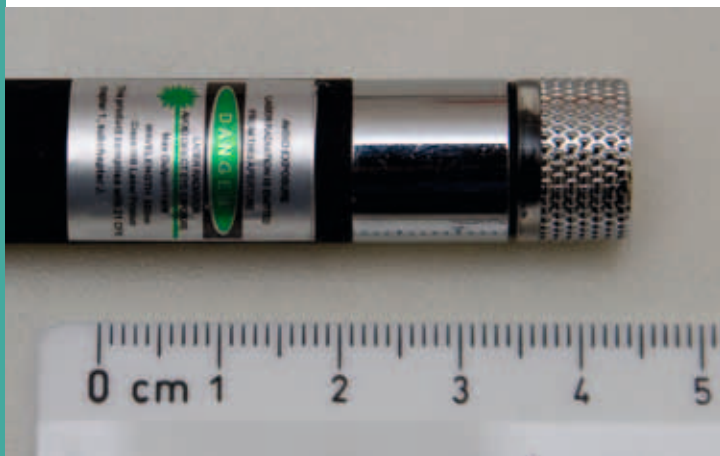
In der Vergangenheit gelangten dadurch Laserpointer mit einem Vielfachen der erlaubten Strahlungsleistung an Privatpersonen. Fälle, in denen Flugzeugpiloten durch Laser „zum Spaß“ geblendet wurden, gehören zu den eklatanten Beispielen für Missbrauch, welche in letzter Zeit publik gemacht wurden.

Gleichzeitig muss betont werden, dass sich die auf diese Art getätigte private Einfuhr von Produkten keinesfalls im rechtsfreien Raum abspielt. Vielmehr unterliegt auch dieser Wirtschaftsvorgang den europäischen Regelungen zur Produktsicherheit.

Die Gewerbeaufsicht arbeitet hier verstärkt mit dem Zoll zusammen. Eine wichtige Grundlage hierfür bildet die neue Gesetzgebung zur Produktsicherheit im Europäischen Binnenmarkt, in der die Rolle der Marktaufsicht gestärkt wurde. Auf diese Weise wurden in den vergangenen Monaten zahlreiche gefährliche Laserprodukte schon bei der Einfuhr sichergestellt.

Michael Gutsche

*Sichergestellter
Laserpointer*



Kontakt

Tel.: 0931/380-1865

E-Mail: dezernat4a@reg-ufr.bayern.de

Mängel: Unzureichende Warnhinweise, nur in englischer Sprache, unzulässige Laser-Klasse



Ein Aufgabengebiet der Gewerbeaufsicht umfasst den Arbeitsschutz an Heimarbeitsplätzen. Das nachfolgende Beispiel soll zeigen, wie man mit wenig Aufwand zu guten Arbeitsschutzbedingungen gelangen kann.

Ein 1-Mann-Betrieb für Fahrzeugtechnik hat Lötarbeiten an verschiedene Heimarbeiter vergeben. Eine Teilaufgabe bestand im Verlöten von Steckern mit Kabeln. Dabei werden mit einem elektrisch beheizten LötKolben und einem Zinn-Blei-Weichlot die metallischen Bauteile verbunden. Bei diesem Vorgang entsteht ein Schweißrauch mit gefährlichen, zum Teil Krebs erzeugenden Inhaltsstoffen, denen der Heimarbeiter ausgesetzt ist. Der Heimarbeiter vergebende Unternehmer hatte diese Schweißrauchproblematik nicht erkannt.

Beim ersten Besuch durch den Gewerbeaufsichtsbeamten herrschte bei den Heimarbeitern Unwissen und es bestanden unzulässige Arbeitsbedingungen. Diese zeigten sich durch keine oder nur sehr schlechte Schweißrauchabsaugung und in der Verunreinigung der Arbeitsplätze durch Schweißrauch. Dem Auftraggeber wurden konkrete Abhilfemaßnahmen aufgezeigt. Der wichtigste Punkt war die Absaugung des schwermetallhaltigen Schweißrauches mit einer geeigneten und kostengünstigen Vorrichtung sowie die Unterweisung der Heimarbeiter in der richtigen Verwendung.

Nach der Durchführung der Arbeitsschutzmaßnahmen konnte mit einer Gefahrstoffmessung am Arbeitsplatz belegt werden, dass die Grenzwerte für Blei und Zinn dauerhaft sicher eingehalten werden. Mit wenig Aufwand wurde für ein gutes Arbeitsumfeld der Heimarbeiter gesorgt.

Dr. Gerhard Hörlin



Foto: BGHW (Berufsgenossenschaft für Handel und Warendistribution)

Löt Arbeitsplatz einer Heimarbeiterin



Stichwort Heimarbeit

Als Heimarbeiter werden Arbeitnehmer bezeichnet, die zu Hause für einen Auftraggeber erwerbsmäßig arbeiten. Dabei ist es für den Heimarbeiterschutz unerheblich, ob diese Beschäftigten ein Gewerbe angemeldet haben. Wegen ihrer Schutzbedürftigkeit unterliegen sie besonderen gesetzlichen Schutzvorschriften hinsichtlich der Entlohnung. Beim Arbeitsschutz muss sich der Auftraggeber der Heimarbeit um sichere Arbeitsbedingungen (Maschinen, Arbeitsstoffe) kümmern.



Kontakt

Tel.: 0931/380-1811

E-Mail: dezernat1a@reg-ufv.bayern.de

Gesundheits-Check beim Berufseinstieg Jugendlicher

Nicht nur Pflicht, sondern vor allem Chance

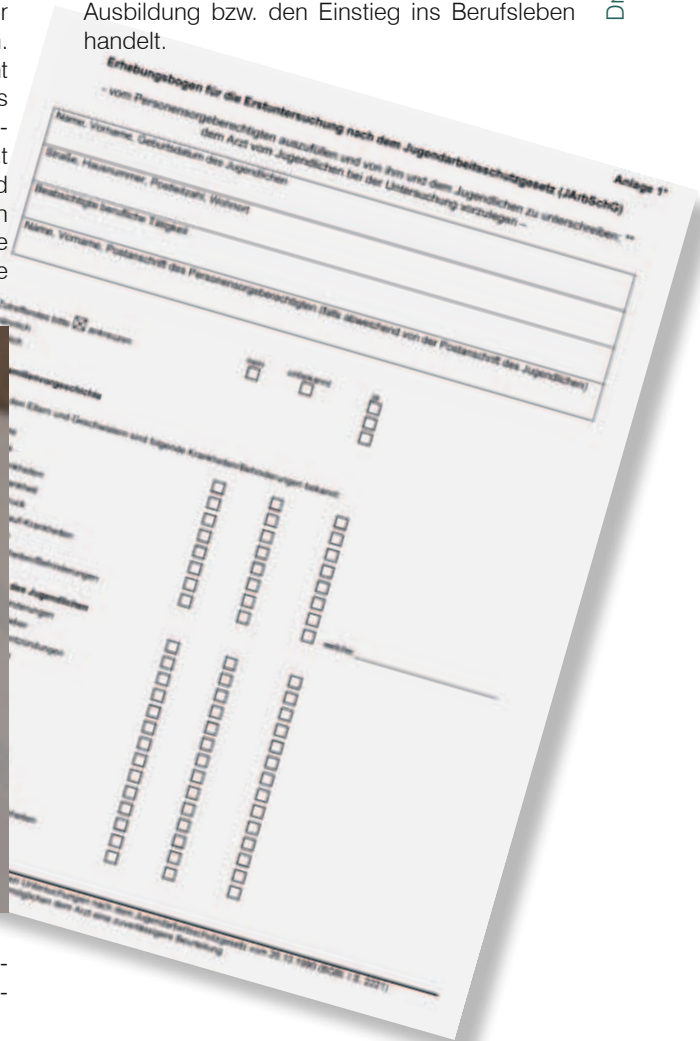
Der ärztliche Gesundheits-Check für Berufseinsteiger ist die bestmögliche Gesundheitsvorsorge von Anfang an. Ohne diesen „Gesundheits-TÜV“ darf ein Jugendlicher nicht beschäftigt werden.

Der Einstieg in das Berufsleben ist für die jugendlichen Schulabgänger der erste große Schritt in die Eigenständigkeit und bringt oft einschneidende Veränderungen mit sich. Die jungen Menschen stecken mitten in der körperlichen und geistigen Entwicklung und müssen daher bereits zum Eintritt ins Berufsleben vor übermäßigen Belastungen geschützt werden. Spätere Gesundheitsschäden können nicht nur die berufliche Tätigkeit, sondern auch das persönliche Leben entscheidend beeinträchtigen. Der Gesundheits-Check ist daher nicht nur Pflicht, sondern vor allem Chance. Anhand seiner Untersuchungen und im Gespräch kann der Arzt feststellen, ob die Gesundheit und die Entwicklung des Jugendlichen durch bestimmte

Die Berechtigungsscheine für diese Untersuchung wurden den Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres bereits ausgehändigt. Falls der Berechtigungsschein verloren gegangen ist oder der Schulabschluss nicht in Bayern gemacht wurde, können auch am Gewerbeaufsichtsamt Berechtigungsscheine angefordert werden.

Für Ferien- und Freizeitjobs sind keine ärztlichen Untersuchungen notwendig, da es sich bei dieser Art der Beschäftigung nicht um eine Ausbildung bzw. den Einstieg ins Berufsleben handelt.

Dr. Gerhard Hörlin



Tätigkeiten gefährdet werden könnten. Berufseinsteiger und Arbeitgeber können dann individuelle Vorsorgemaßnahmen treffen.

Ein Jugendlicher, der in das Berufsleben eintritt, darf nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz erst dann beschäftigt werden, wenn er innerhalb der letzten 14 Monate vor Arbeitsbeginn von einem Arzt untersucht wurde und dem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung darüber vorliegt. Die Untersuchung ist kostenfrei, der Arzt kann vom Jugendlichen frei gewählt werden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1811

E-Mail: dezernat1a@reg-ufr.bayern.de



Giftiges Gas im Gebäude...

Im alten Rathaus von Eschau war dies ausdrücklich erwünscht

Haben sich die Verpackungskünstler Christo und Jeanne Claude nach Eschau verirrt, um das alte historische Rathaus zu verpacken oder hat der Deutsche Fußballbund Eschau als Austragungsort für ein Freundschaftsspiel gewählt?

Weder–noch! Der Holzwurm und anderes Ungeziefer nagt an der Substanz des unter Denkmalschutz stehenden Rathauses, so wie es vielen alten Gebäuden, Kirchen, Museen und Schlössern ergeht. Aus diesem Grund wurde eine Fachfirma für Schädlingsbekämpfung beauftragt, das vom Schädlingsbefall betroffene Gebäude zu „Begasen“, um so das Ungeziefer zu bekämpfen.

Um sicherzustellen, dass keine Personen bei der Anwendung giftiger Gase zu Schaden kommen, wurden strenge Sicherheitsgrundsätze aufgestellt. So dürfen nur solche Firmen mit giftigen Gasen umgehen, die eine Erlaubnis besitzen und über besonders ausgebildete Mitarbeiter verfügen. Erlaubnisse und Befähigungsscheine, in denen die fachliche und persönliche Eignung nachgewiesen werden muss, erteilt das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken.

Bevor die Firma dann zur „Tat“ schreiten kann, bedarf es noch einer Anzeige, in der u. a. Ort, Begasungszeitpunkt, Lagepläne und die zum Einsatz kommenden Gase festgelegt sind. Auch die unmittelbare Nachbarschaft wird zeitnah von der beauftragten Firma zur Schädlingsbekämpfung über Art und Umfang sowie Vorsichtsmaßnahmen informiert.

Vor Ort wird dann das Gebäude mit gasdichten Folien verpackt, um eine Verflüchtigung des Gases zu minimieren, die Gasleitung mit Messeinrichtungen installiert sowie ein Bauzaun gegen unbefugten Zutritt errichtet. Begasungsleiter und Gewerbeaufsicht kontrollieren gemeinsam

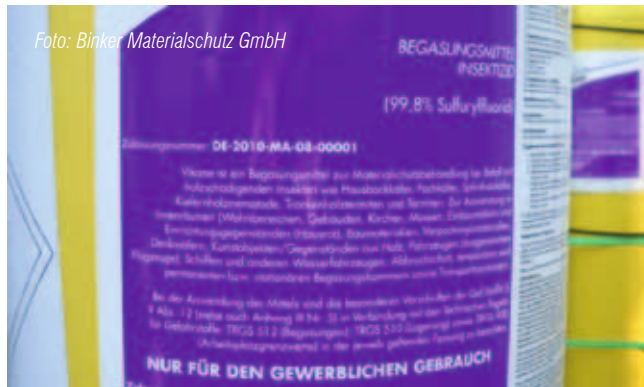


Foto: Binker Materialschutz GmbH

Das toxische Gas Sulphurylfluorid kommt zum Einsatz.

anhand der vorliegenden Pläne das zu begasende Objekt sowie die getroffenen Schutzmaßnahmen (Sicherheitsabstände, Warnhinweise und Messpunkte im Außenbereich). Mit dem letzten Kontrollgang und dem Verschließen der Türen muss sichergestellt sein, dass sich kein Mensch mehr im Gebäude befindet, denn zum Einsatz kommen toxische Gase (so z.B. Sulphurylfluorid), die eine tödliche Wirkung haben.

Die Begasung wird mess- und sicherheitstechnisch während der Einwirkzeit von ca. 3 Tagen überwacht. Danach wird das Gas mittels einer Absauganlage kontrolliert abgesaugt. Die Freigabe des begasteten Objektes durch den Begasungsleiter erfolgt erst dann, wenn keinerlei Gasspuren mehr messbar sind.



Arbeitsschutz ohne Kompromisse. Das Giftige Gas wird eingeleitet.

Foto: Binker Materialschutz GmbH

Foto: Architekturbüro Stendel/Eschau



Eine Spezialfolie verhindert den Gasaustritt.



Nach der Enthüllung des Gebäudes konnten sich die Bürger von Eschau wieder über den Fachwerkbau des alten Rathauses freuen.

Für Schädlingsbekämpfer und Gewerbeaufsichtsamt bleibt der Materialschutz zum Erhalt von Kulturgütern eine große Herausforderung in Bezug auf Arbeitsschutz und öffentliche Sicherheit und darf deshalb nie zur Routine werden.

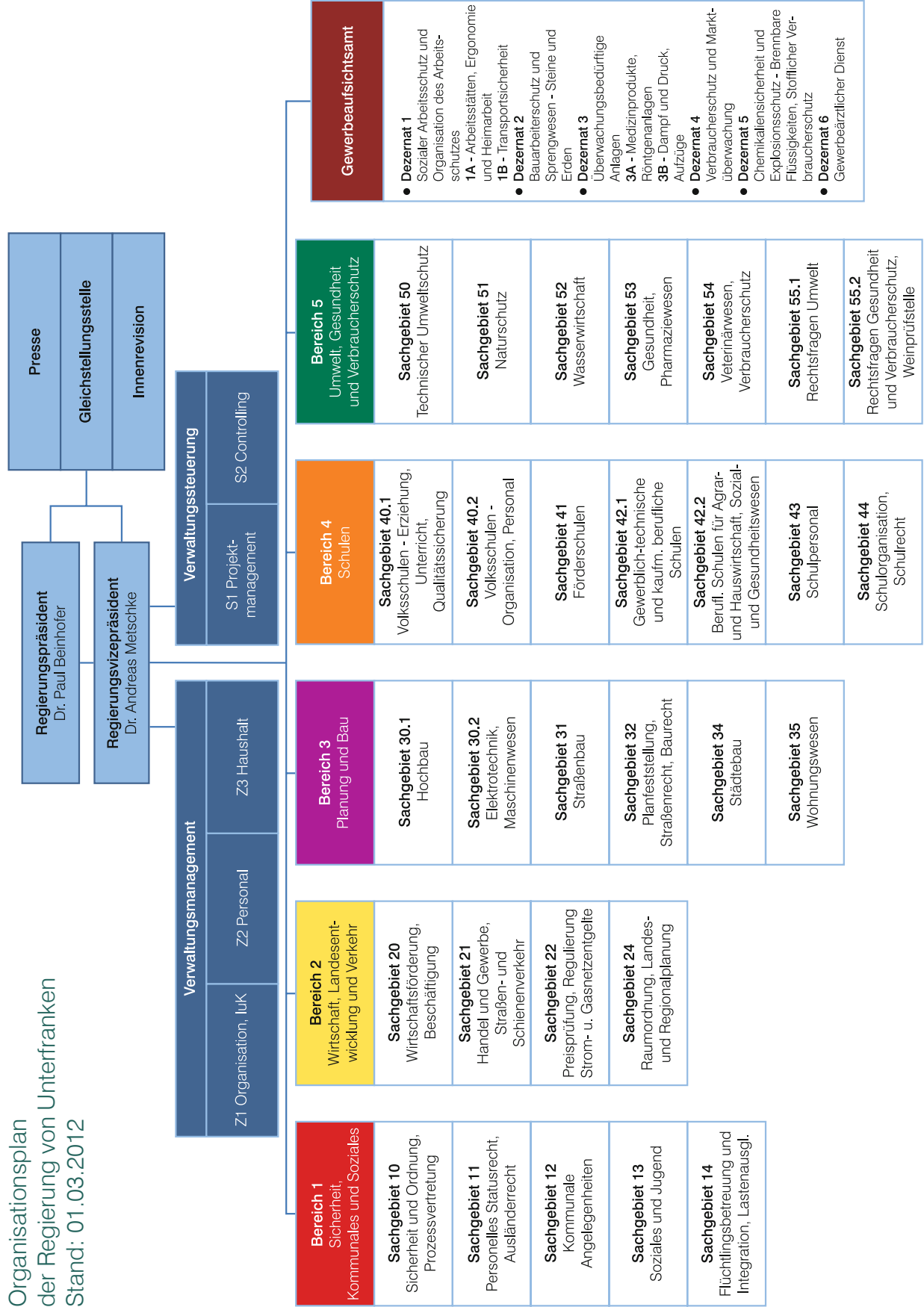
Robert Braun

Kontakt

Tel.: 0931/380-1875

E-Mail: dezernat5@reg-ufi.bayern.de

Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.03.2012



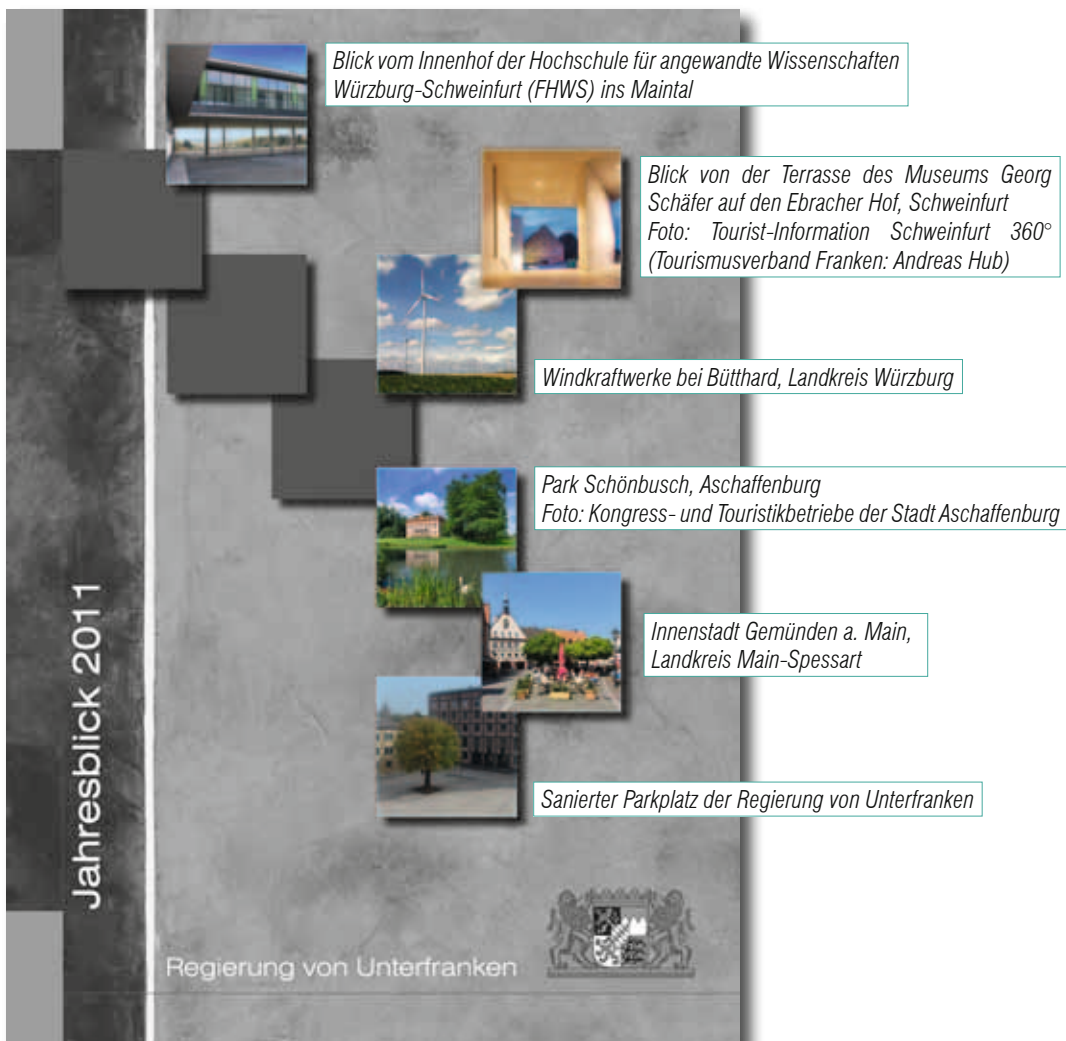
Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken
Peterplatz 9
97070 Würzburg
Telefon: 0931/380-00
Fax: 0931/380-2222
E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Lydia Neubert
Johannes Hardenacke
Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht
anders vermerkt
Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten





Aschaffenburg



Miltenberg



Karlstadt



Würzburg



Kitzingen



Schweinfurt



Haßfurt



Bad Neustadt



Bad Kissingen



Bad Neustadt